

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 6 M. monatl. Einzelne Rm. 30 Pf.
Herausgeber: Reichskanzlei Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postcheckkonto Dresden Nr. 2486.



Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 2,50 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 5 M., unter Eingangsdaten 6 M. Erhöhung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.

Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Beihanglisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Berlauffüsse von Holzplantagen auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Oberleitung (und preisgeglichenen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doege in Dresden.

Nr. 274

Freitag, 25. November

1921

Gegen den Wucher.

Der preußische Minister des Innern Seering hat an die preußischen Regierungspräsidenten und an den Polizeipräsidenten von Berlin folgendes Erlass gerichtet:

Mein Herr Amtsvorgänger hat mit dem Erlass vom 14. September 1921 (II L. P. 1731) die nachgewiesenen Postleitzahlen angewiesen, mit allen zur Verfügung stehenden Kräften den wucherhaften Preissteigerungen, die sich im Verkehr mit Gegenständen des täglichen Bedarfs allenthalben bemerkbar machen und im heutigen Maße weitreichende Folgen auf schwere Beunruhigungen, entgegenzuwirken. Die seitdem eingetretene weitere Verschärfung der wirtschaftlichen Lage veranlaßt mich, diesen Erlass, der nur die unlauteren Elemente richten wollte, in Erinnerung zu bringen. Es ist Pflicht der Polizei, der weiteren wucherhaften Ausweitung der ohnehin unter der wirtschaftlichen Lage schwer leidenden Bevölkerung entgegenzutreten und auch die reellen Erzeuger und Händler vor Missdeutungen und Angriffen zu schützen, doch die schamlosen Wucherer und Schieber aus ihren Kreisen entfernt werden. Ich erachte daher, den Erlass meines Herrn Amtsvorgängers mit aller Entscheidlichkeit unter Anspannung der gesamten Polizei zur Durchführung zu bringen, insbesondere auch die angeordnete Mitwirkung der Schuhpolizei, in der sich viele auf Grund ihrer früheren Tätigkeit gegen diese Ausroeder geeignete Kräfte befinden, plausibel auszuhalten und zu steigern. Die Beamten der Schuhpolizei werden in noch weiterem Maße herangezogen werden können, als dies in dem Erlass vom 14. September d. J. vorgesehen ist; sie werden mit bestimmten Anweisungen zur Bekämpfung ehemaliger Wucherfälle zu vertrauen sein, seiner zweitmäßige Verwendung finden können, wenn es sich um die Erfassung von Warenbeständen handelt, die bei Erzeugern oder Händlern in der Absicht der Preissteigerung zurückgehalten werden. Die Schuhpolizeibeamten werden durch besondere Unterstützung schließlich über die ihnen von gegebenen Aufgaben zu belehnen sein. Die mit Ermittlungen im Ladengeschäft beauftragten Beamten sollen allerdings in möglichst unauffälliger Weise einheitlich, jedoch jede Aufregung des Publikums gegen die Ladeninhaber durch die polizeiliche Maßnahme selbst vermieden wird, anderseits aber mit der nötigen Bestimmtheit gegenüber den Inhabern vorgehen, sobald eine völlige Klarstellung des Verhältnisses seiner Einkaufspreise zu den geforderten Verkaufspreisen erreicht wird. Ergeben sich Zweifel hinsichtlich der Identität der zum Verkauf gestellten Ware mit den durch Einkaufsbelege nachgewiesenen, besteht also der Verdacht, daß für diese, zu niedrigeren Preisen erstandene Ware Einkaufsbelege aus jüngerer Zeit mit höheren Preisen vorgewiesen werden, so erscheint eine gründliche Geschäftskontrolle durch vertrauliche Kräfte unter Hinziehung von Vertrauensleuten aus Kreisen des reellen Handels geboten. Falls die Einkaufspreise der Kleinhändler in ihrer Höhe zu Bedenken Anlass geben, sind die Ermittlungen, gegebenenfalls unter Abtrennung des mit größter Verfehlung zum Abschluß zu bringenden und alldoch der Staatsanwaltschaft zusätzlichen Verfahrens gegen den Kleinhändler, auch gegen die Vorsteher der Ware bis zum Erzeuger oder Importeur zu erstreben. Bei diesen weitergehenden Ermittlungen ist auch auf den Gesichtspunkt der Zurückhaltung der Waren in der Absicht der Erzielung eines übermäßigen Gewinnes zu achten. In solchen Fällen sind die etwa noch am Lager befindlichen Vorräte rücksichtslos zu beschlagnahmen und der abschließenden Verwendung zugänglich. Sonderbedeutung ist es, daß die gegebenen Bestimmungen gegen den Wucher nicht nur in den Großstädten, sondern auch in den Kleinstädten und ländlichen Ortschaften gelten. Dies würde die unerwünschte Folge zeitigen, daß die Ware, nach der allenthalben dringendster Bedarf besteht, von den Großstädten ferngehalten und nur in den Kleinstädten wie auf dem Lande zum Absatz gebracht würde. Dem kann, wie überhaupt dem Wucher, nur dadurch vorgebeugt werden, daß überall in gleicher Weise eingeschritten wird. Bei der Anwendung des Erlasses vom 14. September 1921 ist es als besonderer Mangel empfunden worden, daß den Polizeibeamten nicht zahlenmäßige Angaben über die zulässigen Preise in Form von Höchst- und Niedrigpreisen gemacht werden konnten. Soweit nicht andere zuverlässige Unterlagen für die Preisbestimmung gegeben sind, ist unter anderem diejenige Preisfestsetzung, die in den vom Staatskommissar für Vollversorgung angebahnnten Lieferungsverhandlungen zwischen Erzeuger- und Verbraucherverbanden getroffen worden ist, bei den Unterweisungen der Beamten als Anhalt für die zulässige Preishöhe zu verwenden. Für den Kartellhandel insbesondere werden sich solche Ausgangspunkte aus den Gutachten ergeben, die von den gemäß dem Erlass des Staatskommissars für Vollversorgung vom 10. November

Der Weg Dr. Wirths.

Die Washingtoner Konferenz ist in einen wirtschaftlichen Zusammenhang mit der deutschen Kreditaktion getreten. Der Reichskanzler Dr. Wirth hat dies im Steuerausschuß mit den Worten ausgedrückt: „Erfolgte Aussichten für eine langfristige Kreditaktion auf dem Weltmarkt eröffnen sich erst dann, wenn die Washingtoner Atmosphäre etwas gelöst haben wird.“ Das soll heißen, daß Gelder in Amerika und England für uns zu Wedergutmachungszwecken erst dann frei werden, wenn sie nicht „in den großen Abgrund des Weltmarktes hineingehen“. Sollen wir nun warten, bis die Entscheidungen in Washington gefallen sind? Wir können das einfach nicht. Die Reparationskommission ist mit der drohenden Abschließung abgereist, doch sie am 15. Januar 1922 die prompte Bezahlung der schuldigen 500 Millionen Goldmark von Deutschland erwartete. Diese 500 Millionen, und was dann noch kommt, durch kurzfristigen Kredit aufzubringen, ist unabsehbar, nachdem man mit dem früheren Kredit, der schließlich in Devisen bezahlt werden mußte, so schlechte Erfahrungen gemacht hat. Es bleibt nur der Ausweg eines Zwischenkredits. Auf diesen Ausweg ist die Reichsregierung jetzt gekommen, ihm gelten alle Voraussetzungen der amtlichen Stellen. Sicher ist, daß wir ohne Auslandskredit die nächste Reparationsrate nicht aufbringen. Das Ausland gewährt aber einen Zwischenkredit nur, wenn Aussicht besteht, daß er später konditioniert werden kann. Für diese Konditionierung muß die deutsche Regierung schon jetzt den Boden bereiten. Sie muß private oder staatliche Sachwerte (oder beides zusammen) als Standobjekt bereithalten. Wer hilft ihr dabei? Die Zurückhaltung der Industrie, die Bedingungen, die sie an ihre Kredithilfe knüpfen wollte, haben auf die Reparationskommission, wie der Reichskanzler mitgeteilt hat, außerordentlich verstimmend und enttäuschend gewirkt. Daß der Reichsverband der Deutschen Industrie rasch eintreten und Dr. Wirth es vermied, die Brüder des Verständigung abzubrechen, ist den Herren der alliierten Schuldenkommission offenbar entgangen. Jedenfalls führt die Regierung fort, die neuen Vorschläge zu prüfen, und es ist ihre leidige Sorge, daß beim Scheitern der Verhandlungen über die Kredithilfe endgültig und ohne weiteres an die Erfassung der Sachwerte herangegangen wird. Durch die Erfassung der Sachwerte soll das Reich in einem Viertel an den großen verbündeten Verbündeten beteiligt werden. Es wird dadurch zum Geschäftshaber der großen Erwerbsgesellschaften. Die anerkannte und von ihr selbst betonte Kreditfähigkeit der Industrie überträgt sich damit zum Teil auf das Reich. Nun hat in der Aussprache über die Reichskanzler-Erfassung der Vertreter der Deutschen Volkspartei, also der von der Erfassung der Sachwerte am stärksten betroffenen Kreise, Abg. Dr. Hugo, vor einem Eingriff des Reiches in die Substanz der Volkswirtschaft nochmals ausdrücklich gewarnt. Durch die Erfassung der Sachwerte werde an der deutschen Wirtschaft ein so geschäftlicher Verlust vorgenommen, daß er vielleicht tödlich wirken könne. Diese Bedenken sind nicht von der Hand zu weichen, und sogar der „Wirtschaft“ schlägt sich ihnen „bis zu einem gewissen Grade“ an. Aber die Lage ist eben so groß geworden, daß man zu der gesetzlichen Operation schreiten muß. Das Reich handelt sozusagen im juristischen Roßstand. Es gefährdet den Bestand der wirtschaftlichen Blüte, um sich selber kreditfähig zu machen. Es riskiert einen Verlust an wirtschaftlicher Kraft, um mit dem Rest des Bevölkerung den politischen Zusammenhalt des ganzen Volkes zu retten. An der Einsicht und Opferbereitschaft der Industrie liegt es, diese gesäßliche Operation zu vermeiden, nämlich, indem sie freiwillig Pläne für den Kredit hergibt. Sie hat darüber die Vorhand. Sie kann sachkundiger als die Reichsverwaltung auswählen. Bei der Erfassung der Sachwerte durch das Reich wird sich sofort der Auslandsgläubiger einmischen und ohne Rückblick auf die Zukunft der deutschen Entwicklung die für ihn besten Pläne aussuchen. Die politische Klugheit, die bei dem ersten an unmöglichen Bedingungen geknüpften Kreditangebot der Industrie gefehlt hat, muß dahin führen, daß sich Regierung und Privatwirtschaft verständigen. Man muß der Regierung Wirth das Zeugnis ausstellen, daß sie die Lippecke führt der letzten Tage mit Geschick und großer Selbstbeherrschung durchgeführt hat, und daß der Reichsangfang auf dem rechten Wege ist, wenn er immer noch einmal die Einigung und nicht den Kampf herbeizuführen sucht.

In seiner Rede im Steuerausschuß des Reichstags hatte der Reichskanzler Dr. Wirth darauf hingewiesen, daß die Regierung die Belebung eines Kredits durch Bondierungen bei Finanzleuten in England und Amerika zu fördern beabsichtige. Wie hierzu berichtet wird, haben die Verhandlungen des von der Regierung nach London entsandten Vertreternamens gute Fortschritte gemacht, sodass die Hemmungen der Regierung aus eigenen Mitteln die Kreditaktion zu Ende zu bringen, vielleicht zum Ziele führen. Das Angebot der deutschen Industrie habe daher zurzeit wenig Aussicht auf Annahme. Es besteht zwar die Absicht, der Industrie eine Beteiligung an der Kreditaktion zu gestatten, jedoch sollen hiermit keinerlei Bedingungen der Industrie verknüpft werden.

Im Steuerausschuß des Reichstags wurde gestern die Aussprache über die Riede des Reichskanzlers hinsichtlich des Reparationsproblems fortgesetzt. Der Abg. Bernstein (Soz.) begrüßte die Fortsetzung nach Erfassung der Sachwerte. Er pflichtete den Ausführungen des Abg. Dr. Herz (U. S.) bei, daß die Überstremung hierdurch nicht mehr eintreten würde, als es schon jetzt der Fall sei. Nur würde bei Erfassung der Sachwerte die Überstremung geregelt werden, sobald es auch möglich wäre, sie einzuschränken. Die Erfassung könnte geschehen durch Beteiligung des Reichs an den Einnahmen der industriellen Unternehmungen, die in Anteilscheinen scherhaft werden müßten. Nur hat in der Aussprache über die Reichskanzler-Erfassung der Vertreter der Deutschen Volkspartei, also der von der Erfassung der Sachwerte am stärksten betroffenen Kreise, Abg. Dr. Hugo, vor einem Eingriff des Reiches in die Substanz der Volkswirtschaft nochmals ausdrücklich gewarnt. Durch die Erfassung der Sachwerte werde an der deutschen Wirtschaft ein so geschäftlicher Verlust vorgenommen, daß er vielleicht tödlich wirken könne. Diese Bedenken sind nicht von der Hand zu weichen, und sogar der „Wirtschaft“ schlägt sich ihnen „bis zu einem gewissen Grade“ an. Aber die Lage ist eben so groß geworden, daß man zu der gesetzlichen Operation schreiten muß. Das Reich handelt sozusagen im juristischen Roßstand. Es gefährdet den Bestand der wirtschaftlichen Blüte, um sich selber kreditfähig zu machen. Es riskiert einen Verlust an wirtschaftlicher Kraft, um mit dem Rest des Bevölkerung den politischen Zusammenhalt des ganzen Volkes zu retten. An der Einsicht und Opferbereitschaft der Industrie liegt es, diese gesäßliche Operation zu vermeiden, nämlich, indem sie freiwillig Pläne für den Kredit hergibt. Sie hat darüber die Vorhand. Sie kann sachkundiger als die Reichsverwaltung auswählen. Bei der Erfassung der Sachwerte durch das Reich wird sich sofort der Auslandsgläubiger einmischen und ohne Rückblick auf die Zukunft der deutschen Entwicklung die für ihn besten Pläne aussuchen. Die politische Klugheit, die bei dem ersten an unmöglichen Bedingungen geknüpften Kreditangebot der Industrie gefehlt hat, muß dahin führen, daß sich Regierung und Privatwirtschaft verständigen. Man muß der Regierung Wirth das Zeugnis ausstellen, daß sie die Lippecke führt der letzten Tage mit Geschick und großer Selbstbeherrschung durchgeführt hat, und daß der Reichsangfang auf dem rechten Wege ist, wenn er immer noch einmal die Einigung und nicht den Kampf herbeizuführen sucht.

Die zweite Gruppe bildet solche, deren Inhalt für je nach Lage des Falles bestimmte, aber enge Kreise von Bevölkerung bedeutend ist und ihnen oft nur durch die Bekanntmachungen in der Presse bekannt zu werden pflegt. Hierher gehören z. B. die Auskreibungen zu vergebenden Auktionen (Erd-, Maurer-, Zimmerarbeiten u. d.), die Anerkennung oder Abrechnung von Terminen und Entgelten, die Erfassung der Unwirksamkeit bestimmter Lymphen und Hesseren. Wer beruflich an solchen Bekanntmachungen interessiert ist, pflegt die Bekanntmachungen des in Betracht kommenden Blattes genau daraufhin zu verfolgen, so daß der Bekanntmachungszweck in der Regel erreicht wird.

Die dritte Gruppe der Bekanntmachungen besteht aus solchen, die sich an die allgemeinen Kreise wenden, gelegentlich sogar jeden einzelnen Staatsbürger unmittelbar angeben, und deren Zweck meist ist, die beteiligten Leute zu bestimmten Handlungen zu veranlassen, die in ihrem oder auch im öffentlichen Interesse liegen: Die Ausführungsbestimmungen für die politischen Wahl, die Bekanntgabe öffentlicher Impfungen, die Verteilung von Lebensmitteln und Verbrauchsgütern, die Auflösung zum Einschluß der Substanzen bei Selbstmord. Auch der Kredit würde auf diese Weise untergraben. Redner erwies auf frühere Erfahrungen politischer Staaten, die und waren sollten. Auch der Abg. Dr. Heßlerich (Ent.) lehnte die Erfassung der Sachwerte ab. Das Schlagwort von der Erfassung der Goldwerte müßte verschwinden. Jede Erfassung der Sachwerte, wie man sie auch vornehmen möge, sei ein Eingriff in die Substanz.

unter ihnen der Landwirte, weiter der Händler und der Verbraucher in weitem Umfang zur Mitarbeit herangesogen werden. Der Verbraucher vollends hat bei seinen täglichen Einkäufen am ehesten Gelegenheit, auffällige Preissteigerungen festzustellen. Allen solchen Angelegenheiten nachzugehen. Anderheit ist allen Arten der Selbsthilfe der Verbraucher vorzuhauen und gegebenenfalls allen Blünderungen von Geschäften schnell und mit Nachdruck entgegenzutreten; durch hinreichenden und zeitigen Einsatz von Schuhpolizei muß die Sicherheit der Verkaufsstätten und der Andenker unbedingt gewährleistet werden. Um die Einheitlichkeit in der Polizei sicherzustellen, erläutre ich, bei allen grundlegenden Maßnahmen im Einkauf genommen werden müssen. In diesem Sinne vernehmen mit dem Oberstaatsbeamten vorzugehen, die müssen vertrauenswürdige Vertreter der Erzeuger,

Die Neuregelung des Amtsblattwesens.

Von Oberregierungsrat Dr. Ernst Boehm.

I.

Das Interesse an den Bekanntmachungen.

„Gesetze, Ordnungen, Verordnungen und Regulative erlangen bindende Kraft für Dritte erst durch ihre Bekanntmachung; andernfalls binden sie nur die Behörden.“ Das ist ein im Grunde selbstverständlicher Rechtsbegriff. Reichs- und Landesgesetze regeln im einzelnen, auf welche Weise die Bekanntmachung geschehen muß, um rechtswirksam zu werden. Eine besondere politische Wichtigkeit hat das Bekanntmachungswesen namentlich der unteren Behörden besitzt, erlangt, weil es mit mancherlei Interessen des Freiheitswesens verknüpft ist.

Man kann die behördlichen Bekanntmachungen nach ihrer praktischen Bedeutung in etwa drei, wenn auch nicht scharf zu trennende Gruppen einteilen.

Die erste Gruppe umfaßt solche, in denen das Eintreten eines neuen Rechtszustandes, eine nunmehr gegebene Tatsache des Volkes bekanntgemacht werden oder etwas mitgeteilt wird, daß eine Behörde bei bestimmter Gelegenheit in bestimmter Weise verfahren werde, ohne daß es sich dabei um wesentliche Interessen breiter Schichten des Volkes handelt: Eine Eintragung in das Güterrechtsregister, das Handelsregister ist erfolgt, ein Konkursverfahren eingestellt, die Zuständigkeit einiger Behörden geändert worden, eine Strafe wird für eine bestimmte Zeit gesetzt oder hat einen Namen erhalten, ein Beamter ist auf einen anderen Posten berufen worden. Derartige Dinge pflegen die zunächst Beteiligten auch auf anderem Wege zu erfahren, als durch die Bekanntmachung in der Presse. Die Unkenntnis über sie mag gelegentlich Unbequemlichkeiten zur Folge haben; doch sie wirtschaftliche Schaden verursacht, gehört immerhin zu den Ausnahmen. Die Bedeutung derartiger Bekanntmachungen ist daher überwiegend formaler Art.

Die zweite Gruppe bilden solche, deren Inhalt für je nach Lage des Falles bestimmt, aber enge Kreise von Bevölkerung bedeutend ist und ihnen oft nur durch die Bekanntmachungen in der Presse bekannt zu werden pflegt. Hierher gehören z. B. die Auskreibungen zu vergebenden Auktionen (Erd-, Maurer-, Zimmerarbeiten u. d.), die Anerkennung oder Abrechnung von Terminen und Entgelten, die Erfassung der Unwirksamkeit bestimmter Lymphen und Hesseren. Wer beruflich an solchen Bekanntmachungen interessiert ist, pflegt die Bekanntmachungen des in Betracht kommenden Blattes genau daraufhin zu verfolgen, so daß der Bekanntmachungszweck in der Regel erreicht wird.

Die dritte Gruppe der Bekanntmachungen besteht aus solchen, die sich an die allgemeinen Kreise wenden, gelegentlich sogar jeden einzelnen Staatsbürger unmittelbar angeben, und deren Zweck meist ist, die beteiligten Leute zu bestimmten Handlungen zu veranlassen, die in ihrem oder auch im öffentlichen Interesse liegen: Die Ausführungsbestimmungen für die politischen Wahl, die Bekanntgabe öffentlicher Impfungen, die Verteilung von Lebensmitteln und Verbrauchsgütern, die Auflösung zum Einschluß der Substanzen bei Selbstmord. Auch der Kredit würde auf diese Weise untergraben. Redner erwies auf frühere Erfahrungen politischer Staaten, die und waren sollten. Auch der Abg. Dr. Heßlerich (Ent.) lehnte die Erfassung der Sachwerte ab. Das Schlagwort von der Erfassung der Goldwerte müßte verschwinden. Jede Erfassung der Sachwerte, wie man sie auch vornehmen möge, sei ein Eingriff in die Substanz.

Bei den Bekanntmachungen der ersten beiden Gruppen — man mag immerhin darüber streiten, ob eine Bekanntmachung im Einzelfalle zu ihnen gehört oder nicht — ist die Auslagengröße des Bekanntmachungsblattes, in dem sie abgedruckt werden, von geringerer Bedeutung. Wichtig ist aber, daß der Öffentlichkeit bekannt ist, in welchem Blatte solche Bekanntmachungen zu erwarten seien, und daß das Blatt in den Kreisen der vornehmlich Betroffenen tatsächlich verbreitet ist. Es wird sich hierbei im allgemeinen um die politisch und wirtschaftlich führenden Kreise handeln, z. B. um öffentliche Ämter, Rechtsanwälte, Unternehmer und selbständige Gewerbetreibende, aber auch um andere, nicht unmittelbar beteiligte, wohl aber am Sachstande interessierte Behörden. Ganz anders liegt es bei den Bekanntmachungen der dritten Gruppe. Ihre Verbreitung kann gar nicht weit genug sein. Die Behörden wenden

und wenden deshalb in solchen Fällen außer der Bekanntgabe in der amtlichen Presse auch andere Bekanntmachungsmittel an, so den Vorantrag (die Stadt Dresden begeht beispielsweise für diesen Zweck 904 Anschlagstafeln in den verschiedenen Teilen der Stadt) und die amtliche oder halbamtliche Pressemotiv. Die Rücksicht auf die Presse schafft zwang und zwingt die meisten Zeitungen, und zwar die amtlichen wie die nichtamtlichen, auch in ihrem redaktionellen Teile von dem Inhalt derartiger Bekanntmachungen Rücksicht zu nehmen, solange ihre Zahl nicht allzuviel ansteigt. Ihr bequemes und zuverlässiges Bekanntwerden in den weitesten Kreisen der Zeitungsliefer war daher in der Regel gewährleistet. Die in dem Amtsblatt einer unserer Großstädte veröffentlichten Bekanntmachungen der Behörden (ohne die Reichs-) verteilten sich während je eines Monats folgendermaßen auf die drei Gruppen:

Gruppe 1	Gruppe 2	Gruppe 3	Zusammen
Oktober 1913	160	238	39
- 1918	108	95	107
- 1920	187	126	48
			305

In diesen Ziffern drücken sich gewisse Entwicklungen gut aus, die das amtliche Bekanntmachungswesen seit Kriegsausbruch erfahren hat. Vor dem Kriege war man weniger sparsam. Viele Bekanntmachungen wurden im vollen Wortlaut zwei- und dreimal wiederholt. Daraus erklärte sich zum Teil die hohe Zahl. Namentlich unter den 39 Bekanntmachungen der Gruppe 3 befinden sich viele solche Wiederholungen. Auch sonst waren unter den Bekanntmachungen dieser Gruppe viele, die sich nicht in jedem Monat wiederholten, so die Bekanntmachungen wegen einer Reichstagseröffnung, wegen der Stadtvorstandseinführungswahlen und der Jahrhundertfeier der Leipziger Volkschlacht, die in den Oktober 1913 fielen.

Auf den mitgeteilten Tatsachen und dem geringen Anteil, den vor dem Kriege die Bekanntmachungen der Gruppe 3 an der Gesamtzahl der Bekanntmachungen hatten, erklärt sich das geringe Interesse, das damals der amtliche Teil der Zeitungen bei der Behörde im allgemeinen nur fand.

Auch die Zeitungen selbst standen den amtlichen Bekanntmachungen damals mit durchaus nicht gleichmäßigen Interessen gegenüber. Das liegt schon in ihren außerordentlich verschiedenen Kalkulationsverhältnissen begründet. Das Zeitungsgewerbe mag für den Aufsehenden sehr gleichmäßig aussehen. In Wirklichkeit sind die Dinge bei jeder Zeitung höchst individuell und besonders gelagert und bei allen Zeitungen anders. Redaktionsaufwand, Druckkosten, Auflagenhöhe, Bezugsgeschäfte, Interessentenmenge, Konkurrenzschichten, die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Verbreitungsgebietes, alles dies steht in mannigfachsten Wechselbeziehungen zueinander und schafft eine außerordentliche Belanglosigkeit der geschäftlichen Lage der einzelnen Zeitungen. Die Vergrößerung des Aufdrucks der amtlichen Bekanntmachungen war vor dem Kriege im allgemeinen nicht besonders günstig. Vielleicht mussten den Behörden von den Verlegern erhebliche Preisnachlässe gewährt, häufig Bekanntmachungen der Ministerien auf Anordnung bis zu 50 durchgezogenen Seiten unentgeltlich nachgedruckt werden. So kam es, daß die große Presse in der Hauptstadt keinen Wert darauf legte, den Amtsblattcharakter zu erhalten. Umsichtige Redaktion des Blattes, gute journalistische Ausmachung, geschickte Preisstellung, die einer Zeitung einen großen Leserkreis und dadurch wieder zahlreiche Interesse brachten, konnten die im Amts-

blattcharakter für eine Zeitung liegenden Vorteile mehr als auswiegeln. Das Papier, das mit den Bekanntmachungen hätte bedruckt werden müssen, wurde vom Verleger unter Umständen geschäftlich vorteilhafter ausgenutzt, wenn er es mit gut bezahlten Interessen ausfüllen konnte. Hinzu kam, daß das politisch interessierte Pressepublikum den Amtsblättern oft mit der Voreingenommenheit gegenübertrat, in ihnen nicht freien, sondern geheimnisvollen Meinungsausschreibungen gegenüberzuzeugen, was dann wieder auf die Leserzahl und damit den Interessentenmarkt des Blattes drückte. So erklärt es sich, daß in Berlin in sechs der größten unserer Städte, aber auch in einigen kleineren und ganz kleinen, die Reichs- und Kreisblätter höhere, zum Teil erheblich höhere Auflagen erreichten, als die Amtsblätter. Einem unbestrittenen Vorteil bedeutete der Amtsblattcharakter im allgemeinen für die auf dem Lande und in den kleinen Städten verbreitete Presse. Dort machte die Zahl der von der Mietzahl der Bekanntmachungen wirklich betroffenen Zeitunglesen einen größeren Teil der Bevölkerung aus als in der größeren Stadt. Vorteilhaft war er außerdem für solche Zeitungen, die ihr Verbreitungsgebiet allein beherrschten und daher eine ernsthafte journalistische Konkurrenz nicht zu befürchten hatten.

Während der Kriegsjahre trat nun eine erhebliche Verschiebung mancher der mitgeteilten Verhältnisse ein. Die Entwicklung verließ dabei nicht gleichmäßig. Die amtlichen Bekanntmachungen gingen zwar ihrer Gesamtzahl nach zurück: Die Behörden sparten, Wiederholungen wurden seltener, und zahlreiche gerichtliche Handlungen rührten, wohl aber nahm die Zahl der Bekanntmachungen der Gruppe 3 erheblich zu. Im Oktober 1918 waren es dreimal so viel wie im Oktober 1913, und obendrein schwollen sie ihrem Umfange nach ungeheurend an. Namentlich die zu großem Teile unentgeltlich nachdruckenden Bekanntmachungen der Oberbehörde wuchsen in solchem Maße, daß der Amtsblattpreis erheblich günstiger Bedingungen für ihren Abdruck gewährt werden mußten. Die Zahl der unentgeltlich zu druckenden Seiten (Teileseiten) und die von den Verlegern zu bewilligenden Preisnachlässe wurden deshalb herabgesetzt (Teileseiten statt 50 seit 1. 1. 1917 nur 25, seit 15. 11. 1918 nur noch 20, Abdruck statt 50 Prog. seit 1. 4. 1917 nur 33 1/3 Prog. seit 15. 11. 1918 nur noch 25 Prog.). So die Verpflichtung zum Nachdruck der Bekanntmachungen der Behörden bestreiteten Generalkommandos wurde auf nur je eine Zeitung in jeder Kreishauptmannschaft beschränkt. Wieviel Rechenaufgaben das amtliche Bekanntmachungswesen im Kriege verlangt, zeigt folgende Tatsache: Während des Ministeriums des Innern im Jahre 1913 nur 9 M. (Rein Nach) für den Abdruck seiner Bekanntmachungen an die Amtspresso verfügt hatte, betrugen beispielweise im Jahre 1918 diese Kosten 143 170 M. Wichtiger aber war etwas anderes. Mit dem Aufbau der Wirtschaftswirtschaft gewannen die in die Gruppe 3 fallenden Bekanntmachungen, namentlich, soweit sie sich auf die Lebensmittelbewirtschaftung bezogen, eine plötzlich wachsende Bedeutung für die breite Masse der Bevölkerung. Da nun der redaktionelle Inhalt der infolge der Papiernot immer mehr zusammenzupressenden Zeitungen in mancher Hinsicht gleichförmiger wurde — eine Folge der großen Zahl wichtiger amtlicher Befehle und der strengen Zensur — wurde es für die meisten Zeitungen geradezu zu einer Erfolgstrage, ob sie die erwähnten amtlichen Bekanntmachungen gleichzeitig mit den anderen Bekanntmachungspresse zu bringen in der

Zeige wären. Aus jener Zeit röhrt das außerordentlich geheizte Interesse her, das an den amtlichen Bekanntmachungen neuwärts genommen zu werden pflegt. Es ist aber kaum zu bezweifeln, daß mit dem von der Reichsregierung geplanten allmählichen Vögeln Verhältnissen bei Wirtschaftswirtschaft auch im Bekanntmachungswesen sich wieder in mancher Hinsicht ähnliche Verhältnisse und Bedeutung herausbilden werden, wie sie in der Vorliegezeit bestanden. Die oben mitgeteilte Übersicht zeigt, daß schon im Oktober 1920 ein Zustand erreicht war, der sich den Vorwiegungsverhältnissen zu ähnen begann. Diese Entwicklung ist bei der Neuregelung des Amtsblattes, die ja doch für die Dauer zu berechnen ist, mit in Rechnung zu ziehen.

Die deutschen Reparationszahlungen.

Der französische Handelskammerstag, der seit Sonntag in Paris tagt, hat sich in einer Entscheidung auch mit der Finanzlage Deutschlands beschäftigt und zum Ausdruck gebracht, daß Frankreich auf der Stütze zur Ausführung des Friedensvertrages von Versailles angesichts der finanziellen Lasten Frankreichs bestehen müsse. Man müsse sofort die Kontrolle über die Steuern und die Eisenbahntarife fordern, die jetzt im Goldstandard oder zu einem Kurs berechnet werden müssen, der dem Frankreich, Englands und Italiens gleichkomme.

In einer Debatte des Sonderausschusses des Bundes der englischen Industrien heißt es über die Behandlung der Frage der deutschen Reparationen, der Reparationsplan in seiner gegenwärtigen Gestalt sei unabführbar. Der Berlin, ihn mit Gewalt durchzuführen, müsse zum Zusammenbruch Deutschlands führen. Auf die jetzige Weise werde es schwierig sein, irgend eine Entscheidung von Deutschland zu erlangen.

"Daily Express" beschäftigt sich mit der Frage, was geschehen solle, wenn Deutschland seine Reparationszahlungen einstellen müsse und dann der Einmarsch in das Ruhrgebiet verlangt werde. Das Blatt erklärt, die englische Regierung müsse sich in dieser Frage auf den gleichen Standpunkt stellen, der die englische Öffentlichkeit erfülle. Die Finanzschäden verhindern der City seien davon überzeugt, daß ein allgemeiner industrieller und finanzieller Krach unvermeidlich sein würde, wenn Deutschland durch weitere militärische Besetzung geschädigt würde. England und besonders Scotland habe aber Interesse an einem blühenden Deutschland, das Englands bester Kunde sei. Es sei daher viel wichtiger, die Kanzler Deutschlands im Interesse Großbritanniens wieder zu pärzen.

Gegen die Lahmlegung der Deutschen Werke.

Eine französische Militätkommission unter Führung des Generals Rosset wollte am vergangenen Dienstag im Werk Wolfgang bei Hanau. General Rosset besichtigte nicht nur eingehend die auf Friedensarbeit umgestellten Betriebe, sondern auch die auf dem Fabrikgelände vorgenommenen umfangreichen Verbesserungen. Zweck des Besuches war, das von der Werkleitung schon früher vorbereitete Habilitationsprogramm zu überprüfen. Der Betriebsvorsteher und der Vertreter des Zentral-

betriebsrat der Deutschen Werke benötigen die Gelegenheit, um eine Aussprache mit der französischen Kommission herbeizuführen. Rosset bestätigte wiederholte, daß er das Seine tun werde, damit Arbeitserleichterungen für die Folgezeit nicht notwendig würden.

Die Besichtigung der Deutschen Werke erfolgte durch General Rosset hat gestern stattgefunden. Der General war in Uniform und von zwei Offizieren begleitet. Er traf gegen 1 Uhr mit dem D-Zug von Berlin ein und wurde von dem Vorsitzenden der hier weilenden Unterkommission, Major Grant, empfangen. Der General bog sich sofort im Automobil in das Werk. Nach einer kurzen Besprechung mit der Direktion, an der auch General Ingenuin aus Frankfurt a. M. teilnahm, erfolgte die Besichtigung der Werke, die etwa zwei Stunden dauerte. Besonders interessierte sich General Rosset für die Abteilung Schreibmaschinen; und er meinte am Schlüsse der Besichtigung in deutscher Sprache, daß der ganze Werk in dieser Weise umgestellt werden müsse. Die Waffenfabrikation möge Frankreich für gefährlich ansiehen, auch wenn nur Jagdwaffen angefertigt werden. Die Gefahr einer Umstellung auf Militärflossen bestehe. Der Betriebsrat versicherte, daß er die Fabrikation von Militärflossen nie dulden werde. Darauf erwiderte der französische General: "Das sagen Sie, aber nicht Ihre Kinder!"

Die kommunistische Generalstreikaktion.

Die Großberliner Betriebsräte sind gestern auf Antrittung der in Berlin weilenden Betriebsdelegationen aus dem Reiche zusammengetreten. Ein Versuch der Kommunisten, die Berliner Arbeiterschaft zu einer Aktion zu gewinnen, schlug fehl. Es wurde schließlich eine Entschließung angenommen, wonach der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die AfA aufgerufen werden, innerhalb 14 Tagen einen Allgemeinen Deutschen Betriebsstreiktag nach Berlin einzuberufen. Dieser Kongress soll sich u. a. mit der Errichtung einer Amnestie für die politischen Gefangenen, der Durchführung der Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Reichswehrprogramm, der Sicherstellung der Vollernährung durch Erfassung der Lebensmittel durch die Organisationen der Gewerkschaften u. a. beschäftigen. Wenn der Gewerkschaftsbund in 14 Tagen keinen Kongress einberufen soll, werden die in Berlin versammelten Werke ebenfalls einen Aufruf zu einem Kongress erlassen. Zu der Meldung der "Roten Fahne" über die Bildung einer vorläufigen Körperschaft aus den in Berlin anwesenden Arbeitendelegationen aus dem Reiche erschien der "Borwitz", daß es sich hierbei um eine kommunistische Gruppe handle. Der Führer dieser neuesten Körperschaft sei ein vermögender Kommunist namens Wallas aus Stuttgart. Die Sozialdemokraten und der Allgemeine Gewerkschaftsbund hätten es abgelehnt, mit dieser Körperschaft in Verbindung zu treten. Einer von ihm zu einer Sitzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der beiden sozialistischen Parteien entsandten Abordnung wurde der Austritt verweigert.

Das Gewerkschaftsstatut in Halle a. S. hat bejahten, daß ein Generalstreikaufruf, der die Herausgabe von politischen Gefangenen fordert, nicht kräftig genug sei, um die breiten Massen zur Niederelegung der Arbeit zu bestimmen.

Die Tenerungssträume.

Die bisherigen Maßnahmen der preußischen Regierung gegen die kommunistischen Unruhen haben die Lust zu Plünderungen von Berliner Geschäften

Wissenschaft und Kunst.

Tresden, 24. November.

Opernhaus. (Erwin Lendvai's "Elga"; Uraufführung.) Daß dieses Werk schwer seinen Weg auf die Bühne finde, wird man verstehen können. Erfolg verzeichnet beim gehobenen Publikum war es gar nicht mit seiner düsteren grausig endenden Handlung, und doch wird man es nur recht und billig finden, daß man den Mut habe, es aufzuführen. Ganz zweifellos lebt ein starker ernster Willen in dem, der es schuf, und der nur den Fehler beging, zu wenig mit dem Geschmack und Jargon wie auch mit der Aufnahmefähigkeit gerade des Opernpublicums zu rechnen; er bezeichnet es zwar durch die Bezeichnung des Werkes als ein "Nocturnus" ausdrücklich darauß vor, daß es sich auf ein "Nocturnus" gesetzt machen müsse, doch . . . nun, man höre weiter. Martha u. Boblett, die als Verfasserin des Teigbuches zu gelten hat, stützt dieses im wesentlichen auf Gerhart Hauptmanns gleichnamiges Drama ohne doch über einzelne Stütze, auch den, daß sie die Handlung dem Traumhosten entzündet und den Höher Erzähltes erleben läßt, auf die Bewältigung des Urstoff, Stillpargers Erzählung "das Kloster bei Sendomir", zu verzichten. So ergibt sich etwa eine Szenenfolge, die in ihrer Äuferen Anlage mit der Umrahmung der Bühnenshow — einem beliebten Trick der romantischen Schule — der z. B. von Hoffmanns Erzählungen ähnelt. Über der Tegelverfasser von Offenbachs Werke, Jules Barbier, kannte Publikum und Theater, er kannte aber auch, wie überhaupt die Mehrzahl aller der so oft verführten französischen Opernregie-Berfasser, die Anforderungen des musikalischen Dramas, das nur einmal, ob es unter dem Namen "Oper" segelt oder unter der neuzeitlichen Benennung "musikalisches Drama" nur ein lyrisches Drama sein kann. Und da sind wir beim Grundgebrechen des Werkes angelangt, es ist zu arm an Lyrik. Die düstere Stimmung ist

zu konsequent festgehalten; es fehlt an Rhythmus und Akzentpunkten. Die dramatischen Vorgänge überstürzen sich, und das an sich grausige Ende wurde meinem Geschmack nach auch von der Spielleitung doch etwas zu stark unterstrichen.

Kurzum, die Vorgänge spielen sich ähnlich wie auf der Bühnenshow mehr nur in Bildern vor uns ab, das psychologische Moment, das hier doch in der Originalbildung durchaus nicht fehlt, tritt aber Gebühr zurück. Vielleicht allerdings, daß hier auch das und dort die Darstellung doch etwas vertieft hätte sein können. Damit soll indessen das Vorher nicht verklärt werden, die sich um sie verdient machen, d. h. vor allem Robert Burgs als Storchenski und Eva Blaschke v. der Osnabrück, der freilich die gefangenheit heilte Titelpartie nicht recht in der Stimme liegt. Für die immerhin nicht unwichtige Rolle der Mutter Storchenski ist allerdings Elfriede Habermann ebenso wenig eine anstrechende Vertreterin, wie Oskar Eijendorf den Ognoli nur einigermaßen eindringlicher verkörpern kann. Nur zur Muß Lendvai kommt, so sagt sie, was natürlich mit in den oben gerührten Mängeln der Tegelanslage begründet liegt, über den Charakter der Situationsmusik kaum einmal hinaus. Lendvai untermauert diejenigen Vorgänge mit all den Mitteln dertheater und vor allen Ausdrucks, den ihm die neuzeitliche Musik Wagner-Straußischer Herkunft an die Hand gibt, recht geschickt und unmittelbar wirkend. Aber irgend welche nachhaltigere Eindrücke nimmt man von ihr nicht mit nach Hause, da ihr leider jede persönliche Note abgeht. Es bedarf zum Schluß noch rühmlicher Hervorhebung, daß im Abgang alle Beteiligten am Werk fühllich ihre volle Kraft für seinen Erfolg eingesetzt hatten, vor allem Kurt Striegler als Musikkritiker und Dr. Georg Hartmann als Spielleiter. Letzterer hatte im Verein mit dem für die Bühnenbild

Mit Recht lebt sie alle das Publikum an den reichen Befallskundgebungen am Schluß teilnehmen.

Concadenabend. Zwei Künstler von Rang und Art, Prof. Egon Petri und Prof. Gustav Havemann, die Dresden leider an Berlin verloren hat, geben gestern im Vereinshaus ein Kammerkonzert. Der Klavierkünstler ist längere Zeit nicht bei uns aufgetreten. Sein Spiel wie seine Musizität haben sich wesentlich vertieft, und man erlebt zumal bei der Brahmschen, teilweise in Langs' letzter Breite sich ergiebenden D-moll-Sonate ein exzitantes Zusammenspiel mit dem Geiger. Bei der A-dur-Sonate von Mozart, die den Abend einleitete, sprangen alle Klangreize auf. Zwischen den beiden Propheten handelt es sich als "Weltkind". Paul Graener's Es-dur-Sonate, ein knapp geführtes Werk, dem durch die glänzende Ausführung ein gut Teil seiner akademischen Prudigkeit genommen wurde. Die Bühnenshow bereite den beiden Meistern einen stürmischen Empfang und spendete ihnen besonders am Schluß laute Dankbezeugungen. Prof. Petri

Tanzabend. Ein junges frisches Gesicht, eine schlankes Gesicht — das gibt noch kein Anrecht auf einen eigenen Tanzabend. Das ist die große Ge- fahr, daß ein paar lapidarische Sprünge, ein kostbarer Gewänder als Kunst gelten sollen. Tanzbar heißt entweder den Raum gestalten oder sein Janusreden in Bewegungen habhaft machen; wo war das bei Martha Morell? Gewiß, der Wille ist gut, aber der kann nicht die Schulung erlernen, und mit den Armen allein kann man nicht tanzen. Wenn man von Eigenart schon sprechen will, so wird man sie in der Richtung der "Studie" suchen, wo wenigstens einmal Persönliches erklang, sonst aber ermüdet die Wiederholung der gleichen Bewegung. Auch im Tanz kann man nur geben, was man in sich hat; aber da jedoch sehr oft alles bei Martha Morell. Und ihr Tanz war schier so leer, wie die Musik, die sie selbst dazu gegeben hatte. Der

Wissenschaft und Technik. Das Gebäude, in dem die Lippsche Landesbibliothek unter-

gebracht war, ist durch einen Brand vollkommen eingehüllt worden. Die Bibliothek ist 1614 gegründet und umfaßt etwa 150 000 Seiten Bände und Schriften und war somit eine der größten Deutschlands. Es sind etwa 30 000 Bände durch den Brand vernichtet worden. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Mark.

↑ In Paris ist der französische Philologe Emile Boutroux, Mitglied der Académie française und ehemaliger Professor an der Sorbonne, im Alter von 76 Jahren gestorben.

Literatur. Ein Denkmal-Wortl'or durch den Präsidenten der französischen Republik eingeweiht. Gestiftet hat das Denkmal die medizinische Fakultät der Universität Montpellier, die in diesen Tagen ihren 700. Geburtstag feiert und diese Feier nicht ohne die Ehrengabe ihres berühmten Studenten vorbeigehen lassen wollte, der dort 1530 zum Bachelor und 1537 zum Doktor der Medizin promoviert worden ist.

Bildende Kunst. ↑ Wie aus München gemeldet wird, ist der bekannte Landschaftsmaler Leopold Boß gestorben.

Theater und Film. Von dem Betriebsverlust, den die Frankfurter Theatergesellschaft im abgelaufenen Jahr zu verzeichnen hatte, entfallen etwa 550 000 M. auf das Opernhaus und 385 000 M. auf das Schauspielhaus. An beiden Häusern zusammen erforderliche Bühnen, Gehäuser, Bühne und Tresenungszölle gegenüber dem Vorantrag 1168 000 M. mehr. Weitere beantragt u. a.: Spielgeräte 152 000 M., Gastspiele 51 000 M., Autoren-Tantieme 188 000 M., Pensionen und Gnadengehälter 245 000 M., Beleuchtung 416 000 M., Heizung 300 000 M., Garderobe 48 000 M., Steuerabzug 589 000 M., Umlaufhonorar 60 000 M. Gegen den Vorantrag ergaben u. a. mehr: Abonnements 51 000 M., Tagesspeisen 117 000 M. Die Bühne blieb um 204 000 M. hinter der veranschlagten Summe zurück.

noch gemindert. Wenigstens waren der Polizei bis gegen nochmittag Vorankündigung dieser Art nicht wieder zur Kenntnis gelangt. Die Regierung, die der kommunistischen Agitation nach wie vor ihre volle Ausmerchtheit widmet, glaubt, daß die bisherigen Maßregeln ausreichen werden, um Ausschreitungen zu verhindern.

Oberschlesien.

Gestern vormittag wurde im Völkerbundspalast in Genf die deutsch-polnische Konferenz durch eine Begegnungsansprache des Generalsekretärs des Völkerbundes Paul Deschamond und durch eine längere Eröffnungssrede des Präsidenten Colonder eröffnet, auf die Reichskanzler a. D. Schisser und der polnische Bevollmächtigte Ojowski antworteten. Eine zweite Sitzung, in welcher der Arbeitsplan besprochen wurde, fand nochmittags statt. Es wurde beschlossen, die Materie auf ein bis zwölf Unterkomitee zu verteilen, die vornehmlich in Danzig liegen werden. Ein dritter, wahrscheinlich die letzte Sitzung der beiden Abordnungen findet heute nachmittag statt. Am Schluss der zweiten Sitzung gab die Konferenz eine amtliche Mitteilung aus, in der es unter anderem heißt: Der Bevölkerungsbericht des Völkerbundes über Oberschlesien sieht ein Abkommen zwischen Polen und Deutschland zur Regelung des Übergangskrieges in Oberschlesien und des Mindesteinkommens vor. Die erste Sitzung der deutsch-polnischen Konferenz stand unter Vorsitz Colonders. Seit Deutschland war vertreten durch Reichskanzler a. D. Schisser, Staatssekretär z. D. Gewalt und den Grafen Schulenburg vom Auswärtigen Amt, Polen durch den Bevollmächtigten Sejaniak Ojowski, Legationsrat Berlowksi und den Sekretär im Ministerium des Äußeren Kramoszki. Präsident Colonder eröffnete die Sitzung, indem er ihre Aufgaben charakterisierte. Beide Vertretungen legten Wert auf die Feststellung, daß sie mit dem größten Sorge der Verschönerung an ihre Aufgabe herantreten würden mit dem Bewußtsein, daß die ganze Welt an einer befriedigenden Lösung der aufgelaufenen Fragen interessiert sei. Über das eingeschlagene Verfahren stand eine Vorbesprechung statt. Ein von Ojowski unterbreiter Vorschlag wurde als Verhandlungsgrundlage anerkannt. Die Konferenz untersuchte nunmehr die Frage der Arbeitsverteilung und die Frage, an welchem Orte die Unterkommissionen tagtindien sollen. Die Aussprache hierüber wurde auf morgen verlegt.

An Stelle des Willi-Legationrates v. Rehder, der beurlaubt worden ist, ist der jüngste deutsche Geschäftsträger in Warschau Legationrat v. Ditzsch zum Leiter des polnischen Referats im Auswärtigen Amt, das auch Oberschlesien im sich schlägt, ernannt worden.

Der preußische Minister des Innern Seeherr hat entschieden, daß der dem Beninum angehörige Landtagsabgeordnete Scheimat Witka auch weiterhin Oberpräsident von Oberschlesien bleibe und die Überleitung des bei Deutschland verbleibenden Teiles in den deutschen Reichs- und preußischen Staatsverband vornehmen soll. Der ursprünglich für diesen Zweck in Aussicht genommene Landrat Braumeister kommt hierfür nicht mehr in Frage, so aber dem Oberpräsidenten Witka als kommunistischer Regierungspräsident beigegeben werden.

Der Vorsitzende der deutsch-polnischen Konferenz Colonder will auf der Stelle nach dem neuen Konferenzort Danzig einen Abschluß nach Oberschlesien zwecks Sühnungnahme mit der Bevölkerung machen.

Wie aus Prag gemeldet wird, besagt eine Interpretation des deutschen parlamentarischen Verbandes über die Rolle der Tschecho-Slowaken in der oberschlesischen Frage: Bei seiner jüngsten Anwesenheit in Prag hat der polnische Minister des Äußeren Stimmt dem Ministerpräsidenten gegenüber dankend hervorgehoben, daß die Teilung Oberschlesiens hauptsächlich der Haltung des Heraus Ministerpräsidenten zugeschrieben werden könne. Der Ministerpräsident hat damit neuvalich die Gefahr des 3½ Millionen Deutschen dieses Staates aus das älterempfindliche verlegt und bewiesen, daß für ihn weder moralische Bedenken noch politische Grundlage in Betracht kommen, wenn es gilt, die Pol- und Betriebspolitik gegen das Deutsche Reich zu unterstützen. Bei dieser Haltung des Ministerpräsidenten erscheint die schwere Beurteilung der Bevölkerung berechtigt, die auf Gerüchte zurückzuführen ist, daß zwischen Polen, Tschechen und Franzosen Abmachungen über Belebung weiterer Teile Oberschlesiens getroffen worden seien. Es wird gefragt, ob der Ministerpräsident bereit ist, einstlich und öfters die Unintressiertheit der tschecho-slowakischen Regierung an Oberschlesien zu erklären, da durch die Entscheidung des Obersten Rates die im Friedensvertrag enthaltenen Voraussetzungen für den Anfall des Reichenauer Gebietes wegfallen.

Das Steuerprogramm der Gewerkschaften.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Wabund und Vertreter der beiden sozialistischen Parteien besprachen sich gestern vormittag in einer gemeinsamen Sitzung über die bekannten zehn Punkte des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Aussprache ergab, daß sich die beiden sozialistischen Parteien im großen und ganzen auf den Boden des Steuerprogramms der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen stellten und vertraten, in diesem Sinne bei der Beratung des Steuerprogramms im Reichstage zu wirken.

Eine Dauerlösung im preußischen Landtag.

Die gestern mittag begonnene Sitzung des preußischen Landtages dauerte bis heute 17 Uhr. Die Obstruktion der Kommunisten gegen die weitere Beratung der Gesellschaftsordnung wurde durch 64 namentliche Abstimmungen niedergeschlagen. Schließlich wurde die neue Gesellschaftsordnung unter großem Klirr der Kommunisten endgültig angenommen. Im Laufe der Sitzung kam es zu stürmischen Auseinandis, wobei die Kommunisten den Präsidenten Deinert mit Beschimpfungen überhäuften, die der Präsident unbeachtet ließ. Kommunisten worteten auf der rechten Seite des Hauses eine Säkula ab, die aber nicht explodierte. Während der Sitzung wurde mit Trillerpfeifen und auf Haushaltshörnern ein bedenklicher Lärm verursacht. Ein kommunistischer Autotax, das Rauchen zu gestatten, wurde abgelehnt. Trotzdem wurde entgegen dem Einspruch des Präsidenten von männlichen und weiblichen Kommunisten zu rauchen begonnen. Nach einer stürmischen Gesellschaftsordnungssitzung wurde die nächste Sitzung auf heute nachmittag 3 Uhr festgesetzt.

Bayern gegen die Rechtsjustizhöheit.

Der Staatshaushaltsausschuss des Bayerischen Landtags beschäftigte sich gestern mit dem Beschuß des Untersuchungsausschusses des Reichstags, eine Kontrolle des Gesetzgebungsamt-Niederschlesienfeld vorzunehmen. Der Vorsitzende Helden betonte, es handle sich um einen Konflikt zwischen der Auflösung des Reichstagsausschusses und des Bayerischen Landtags. Er befürwortete das Vorbringen des Reichstagsausschusses außerordentlich, um so mehr, als die Herren wissen müßten, daß sich die bayerische Volksvertretung nicht ohne weiteres einen Einspruch in die bayerische Strafrechtspleite fallen lassen werde. Der Ministerpräsident Graf Berchenfeld hob die grundsätzliche Bedeutung der Angelegenheit hervor, die ihr weit über die Grenzen Bayerns hinaus gälle. Er habe auch schon am Tage vor dem gestrigen Beschuß des Untersuchungsausschusses die bayerische Gesellschaft in Berlin zur Vorlage erachtet, den Reichslandrat sowohl wie den Reichsjustizminister im Auftrage der bayerischen Regierung vor einer Ausdehnung der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses auf Bayern dringend zu warnen.

Aleine Nachrichten.

ak. Leipzig, 24. November. Gestern wurden in dem Städtischen Kommunistenprozeß die Verhandlungen wieder aufgenommen. Die aufgestellten Zwischenfälle vom Sonnabend wiederholten sich nicht. Das Gerichtshof beschloß, noch einen der Angeklagten aus der Haft zu entlassen, nachdem der medizinische Sachverständige sein Gutachten darin abgegeben hatte, er werde dann voraussichtlich den Verhandlungen ohne Unterbrechung folgen können. Zwei weitere Angeklagte, die an den verhandlungsfreien Tagen Anfälle gehabt hatten, wurden in einem Nebenraum ähnlich untergebracht. Das Gutachten lautete darin, daß der Gefundene Zustand der Befreiten nicht beratt sei, daß er eine neuvaliche Verzogung des Verfahrens rechtfertige. Es handele sich um das typische Bild der Neurose, die sich seit dem Kriege herausgebildet habe und eine minimale Hypnotisiertheit darstelle. Die Suggestion spielt dabei eine große Rolle. Unruh erregende Momente könnten sehr leicht wieder Anfälle auslösen, doch ließen sich die Kranken verhältnismäßig leicht beruhigen und ständen dann wieder in vernünftiger Weise Rede und Antwort. Beruhigend werde zweifellos auch die Annäherung der drei ärztlichen Sachverständigen wirken. Dies schien vorzüglich der Fall zu sein. Auch die Meldung des Vertreters der Reichsjustizbehörde, daß der Reichsjustizminister die Gewährung von Aufwandsentschädigungen für die Unbemittelten zugesichert habe, dürfte ihren Eindruck nicht verfehlt haben. Nach Schluß der Verhandlungen konnten die Gelder bereits im Reichsgericht in Empfang genommen werden. Man hofft heute die Vernehmung der Angeklagten beenden und morgen, Freitag, in das Gericht der Beugen einzutreten zu können.

Berlin, 24. November. In Lichtenburg verweigerten nur noch vier Gefangene die Nahrungsannahme, im Fort Anna bei Torgau 2, in Torgau selbst 8. Es befinden sich also nur noch 14 von den ursprünglich 128 Gefangenen im Hungerstreik. Lebensgefahr ist bei keinem vorhanden. Im Raumgard ist der Hungerstreik ganz aufgegeben worden.

Der "Reiter"-Prozeß wird ein parlamentarisches Nachspiel haben. Im Preußischen Landtag ist eine sozialdemokratische Anfrage eingeflossen, in der es heißt: Was geschieht das Staatsministerium zu tun, um zu verhindern, daß noch Abschaffung der Benzin unter seiner Verantwortung eine Verminderung gegen die Mette, Romane, Theaterstücke und andere Erzeugnisse der Kunst gefüllt wird, der geeignet ist, nicht nur hochwertige ideelle Werke zu zerstören, sondern auch darüber hinaus der Initiative der betroffenen Künstler schwere und dauernde Schädigung zuzufügen? Zum Schluß wird gefragt, welche preußische Behörde die Verantwortung für Prof. Brunner trage.

Hamburg, 24. November. In der Hamburger Bürgerschaft kam es bei einer Anfrage der Kommunisten über die Flucht des Oberleutnants Boldt aus dem diesigen Gefängnis zu erregten Aufstehen. Von einer Gefängnisdeputation war mitgeteilt worden, daß die Flucht wohlvorbereitet und von Freunden unterstützt zu sein scheine.

München, 23. November. Die Mitglieder des Internationalen Arbeitskongresses von Genf besuchten heute auf ihrer Studienteise durch Deutschland in München verschiedene Werke, u. a. die ehemaligen Kruppwerke und die Bayerischen Glashüttenwerke. Am Nachmittag wurden sie vom Ministerpräsidenten und von den bayrischen Behörden empfangen. Morgen wird die Studienteise nach Kürnbach fortgesetzt.

Die Washingtoner Konferenz.

Die neuen Garantien Deutschlands.

Die Versicherung des deutschen Geschäftsträgers in Washington v. Lehmann, daß Deutschland neue Garantien geben wird, um Frankreich davon zu überzeugen, daß es wünschbar ist, hat in Berlin insofern Bewunderung hervorgerufen, als sowohl rechtssichere, wie linksstehende Kreise, ausgenommen die Kommunisten, davon überzeugt sind, daß Deutschland tatsächlich auf längere Zeit hinzu nicht in der Lage sein kann, einen Krieg zu führen. Nachdem die französische Kontrollkommission noch dem Besuch der ehemaligen Kriegswerkehäuser Deutschlands die Überzeugung gewonnen hat, daß all diese Waffenarsenale von Grund auf zerstört werden sind, bedarf es von deutscher Seite ohne Zweifel keiner neuen Sicherungen, daß es den Forderungen der Freunde nochkommen wird.

Die Frage der Rüstungen zu Lande.

Wie der Sonderberichterstatter der Agence Havas aus Washington meldet, prüfte die Abordnung der fünf Großmächte gestern die Frage der Abstellung zu Lande. Frankreich anscheinend vor ihm unzureichend drohenden Gefahren unmöglich eine Einschränkung der Rüstungen vornehmen könne. Es wurde beschlossen, die Frage einem Ausschuß des Gouverneurs der Wiederaufbauleitung der fünf Großmächte zu übergeben, die einen für die Wiederaufbauleitung bestimmten Bericht ausarbeiten soll. Ferner werden von den Abordnungen der Großmächte drei Unterkommissionen zur Kontrolle der neuen Kriegsmethoden gebildet. Die erste Kommission soll sich mit der Luftschiffahrt, die zweite mit der Bewaffnung gütiger Gafe beschäftigen. Die dritte soll sich auf Antigrav-Kräfte mit den im Kriege angewendeten Grundzügen des Völkerrechts befreien. Die französischen, japanischen und italienischen Forderungen.

Wie der Washingtoner Sonderberichterstatter des "New York Herald" meldet, habe der Umstand, daß Frankreich hartnäckig auf dem Bau einer großen Flotte bestrebe, zusammen mit der unverhohlenen Haltung Japans den Sachverständigen anschließend veranlaßt, seine Arbeiten mit Ausnahme der auf kleinere Einheiten des Plaines begünstigten zu beenden. Die höheren Forderungen würden von den Führern der verschiedenen Delegationen weiter bearbeitet. Man erfaßt jetzt, daß sich Italien den französischen Forderungen anschließe und eine ebenso große Flotte wie die französische und japanische verlangen werde.

Die Probleme des fernen Ostens.

Einer Erkundungserkundung aus Washington folgte erklaßt Admiral Kato, daß Japan die Mandatsreise als einen Teil Chinas ansiehe und daß es den vom Senator Root aufgestellten Grundsätzen trotz rücksichtiger bestindlicher Beziehungen folgen und auf die Souveränität über die Mandatsreise verzichten werde. In britischen Kreisen nimmt man an, Japan sei der Ansicht, daß die Annahme der aufgestellten Grundsätze auch die Rückwendung Schantung, Kiautschou und vielleicht auch der Mongolei umfassen werde.

Die Lage in Triest.

Graz, 24. November. Wie die "Grazer Tagesspost" aus Triest meldet, ist die gesamte Arbeiterschaft der Schiffbauwerften und aller größeren Industrieunternehmungen, sowie der Gas- und Elektrizitätswerke ausständig. Die Stadt ist ohne Licht und Kraft. Es besteht die Gefahr, daß auch bald das Trinkwasser fehlen wird, weil die Arbeiter der Wasserwerke sich dem Auslande angelassen haben. Im Hafen ruht die Arbeit vollkommen. Auch die Sitzungen erscheinen nicht. Zwischen Sozialisten und Kommunisten hat es schwere Auseinandersetzungen gegeben. In einem Gathause wurde eine Bombe geworfen. In San Giacomo wurde bei einer Rauferei ein Mechaniker tödlich verletzt.

Willkür albanischer Behörden.

Athen, 24. November. Einer Zeitungsmeldung aus Florina folge, welche der dort eingesetzte Konsul dem Bürofeuer mit, daß der griechische Bischof von Koriza von den albanischen Behörden nach Salona verschleppt werden sei. Der Konsul erhob vergeblich Einspruch gegen diesen Willkürakt.

Zusammenfassung des Obersten Rates.

Paris, 24. November. Nach der "Chicago Tribune" soll in der zweiten Woche des Januar der Oberste Rat zusammentreten, um die Neinheitsfrage zu erledigen und eine Verständigung über die Verteilung der ersten deutschen Milliarde zu versuchen. Das Blatt will wissen, daß die Engländer unter der Hand dem Quai d'Orsay angeboten hätten, daß Wiesbadener Abkommen anzuerkennen, falls Frankreich sich mit dem finanziellen Abkommen vom 13. August d. J. einverstanden stellt.

Die Botschafterkonferenz.

Paris, 24. November. Über die gestern vormittag unter dem Bischöf v. Guelph besuchte abgehaltene Sitzung der Botschafterkonferenz teilt die Agence Havas mit: Die Konferenz habe sich mit der Organisation der Botschaftsversammlung im Deutschen Reich, namentlich mit den Maßnahmen zur Sicherstellung der Ordnung, beschäftigt. Sie schafft nicht möglich, in einer Mehrzweck-

habe ferner über verschiedene Fragen im Rahmen der Ausführung der Friedensverträge verhandelt.

Hugo Stinnes in London.

London, 24. November. Laut "Daily Telegraph" verlängerte Hugo Stinnes mit den Ministern in Berührung zu kommen, bisher jedoch vergeblich. Der Korrespondent deutet Beobachtungen an, daß Stinnes etwaige Erfolge gegen die Regierung Birke empfehlen könnte. Laut "Manchester Guardian" wird Lloyd George vornehmlich Stinnes empfangen.

Berlobung der Tochter des englischen Königs-paares.

London, 24. November. Die einzige Tochter des englischen Königs-paares, Prinzessin Mary, verlobte sich mit dem Viscount Lascelles, dem ältesten Sohn des Earl of Harewood. Die Prinzessin ist 24, der Bräutigam 39 Jahre alt.

Die Möglichkeit des Rücktritts

Lord Curzon.

London, 24. November. "Evening News" veröffentlicht die Mitteilung eines Korrespondenten, der die Möglichkeit des Rücktritts des Lord Curzon wegen des französisch-deutschen Vertrages und wegen des Scheiterns der Verhandlungen mit Ägypten gesprochen werde. Es heißt in der Mitteilung weiter, in einem solchen Falle würde wahrscheinlich Lord Derby sein Nachfolger werden.

Die Unruhen in Belfast.

London, 24. November. Blättermeldungen aus Belfast folgten berichten die Verluste bei den gestrigen Zusammenstößen in Belfast 11 Tote und etwa 100 Verwundete. Heute nachmittag wurden bei neuen Schüssen eine Frau getötet und mehrere Personen verwundet. Einige Straßenbahnenwagen wurden von Schüssen durchschüttet.

Friedensvorschläge der britischen Regierung für die Türkei und Griechenland.

London, 24. Nov. "Daily Express" meldet aus Konstantinopel: Türkisch-amerikanische Kreise erklärten, daß die Porte die Mitteilung erhielt, die britische Regierung habe Friedensvorschläge ausgearbeitet, die sowohl der türkischen wie auch der griechischen Regierung nach der Washingtoner Konferenz unterbreitet werden sollten.

Die belgische Kammer.

Brüssel, 24. November. Die neue Kammer wird sich endgültig wie folgt zusammensetzen: 82 Katholiken, 66 Sozialisten, 33 Liberale, 4 Mitglieder der Frontpartei und 1 Vertreter der Partei der Kriegsteilnehmer.

Der deutsch-belgische Schiedsgerichtshof.

Brüssel, 24. November. Nach einer Meldung der Agence Belga hielt der durch den Vertrag eingesetzte gemeinsame deutsch-belgische Schiedsgerichtshof gesetztes unter dem Vorsitz von Paul Moreau, Dozent der juristischen Fakultät der Gentler Universität, seine erste Sitzung ab. Von einer Reihe von Abgeordneten wurde die Interessen belgischer Bürger vertreten, die durch Kriegsmahnmänen in ihrem Eigentum geschädigt worden sind.

Eine internationale Sozialistenkonferenz.

Brüssel, 24. November. Wie die Agence Belga meldet, hat der Völkerhausbau der 2. Internationale, der unter dem Vorsitz Vandevelde in Brüssel zusammengetreten ist, einen Beschuß gefaßt: nach dem eine internationale Sozialistenkonferenz einberufen werden soll, um die Einheit der Internationale wiederherzustellen, sowie an der Abstaltung Europas und der Beendigung des Friedens zu arbeiten. Der Ausschuss beschäftigte sich ferner mit der Lage in Georgien. Weiter sprach er sich mit Nachdruck gegen eine neue Absehung an die Bolschewinen in der Anlegende der Hilfsleistung für die Hungerschneid in Russland aus. Die 2. Internationale wollte gern an dem Hilfsverein mitarbeiten, jedoch nur gemeinsam mit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale.

Ortliche Angelegenheiten.

Dresden, 24. November.

* In der Gesamtversammlung am vergangenen Mittwoch ist beschlossen worden, dem Staat als Abfindung für die ihm durch Ausbeutung der Polizeiwachen und Polizeibeamten in den neuen Vororten erwachsenden Kosten außer dem neuordnung bereits ausgezahlten Berechnungsgeld von 66 000 M. einen weiteren Betrag von 200 000 M. zu zahlen unter Berücksicht auf die Ausführung des Sicherheitsdienstes durch Wohlfahrtspolizeibeamte. — Zur Billigung von Lebensmitteln für Klein- und Sozialunternehmen, Altpensionäre und sonstige vom Alter geprägte Unterstützungsempfänger, deren Einnahmen den Betrag der Einerbelebensförderung nicht überschreiten, sind 1½ Mill. M. zu Lasten von Position 50 des Haushaltplans bewilligt. Die Unterstützung soll im Vorbericht auf Ankauf von Kartoffeln, wenn deren Beschaffung nicht möglich, in einer Mehrzweck-

aus den Beständen des Lebensmittelamts oder in Betriebsrägen bestehen. Die Durchführung im einzelnen wird dem Fürstengamt überlassen.

Der frühere Gemeinbevorsitzend Lang in Dresden-Niedergösch ist auf sein Ansuchen von dem Amt als Friedensrichter für den Bezirk Dresden-Ober- und Niedergösch usw. enthoben worden. Von diesem Friedensrichterbezirk sind die Stadtteile Dresden-Ober- und Niedergösch sowie die Gemeinde Röhrsdorf mit Neumünster, Zschopau und den roten Häusern abgetrennt und mit dem Bezirk Dresden-Niedergösch usw. (Friedensrichter Schörl, Altmühl) usw. vereinigt worden. Zum Friedensrichter für den Bezirk Gompitz, Neumünster, Altmühl und Zöllmen ist auf die Zeit bis zum 30. September 1923 der Privatmann Louis Fehrer in Gompitz, Resselsdorfer Straße 15, ernannt worden, der Montags 10 bis 1 Uhr Geschäftsstunden abhalten wird.

Die Belebung am 1. Dezember hat sich auf Pferde, Maultiere und Maulesel, Esel, Kinder, Schafe, Schweine, Ziegen, Hühner, Kaninchen und Bienenvölker zu erstrecken. Die Aufnahme erfolgt durch Jägerkarten, die den Viehherrn von Beamten der Wehrschutzpolizei zugesellt werden. Sie sind ab 1. Dezember ausgestellt und unterschrieben zur Abholung bereitzuhalten.

Gelegentlich der Belebung sind 1. Pferde und Kinder für die Zwecke der Viehbeschaffung, 2. die Kinder für die Zwecke der Schlachtwieherviehsichtung besondern auszuzeichnen. Die Beteiligten werden aufgefordert, den damit beauftragten Beamten die erforderlichen Auslässe zu erteilen.

Ministerialrat Dr. Wulff sprach gestern im Gemeinnützigen Verein zu Dresden über das Thema „Im Reich des Traumes“. In geistvoller Weise zeichnete der durch seine kriminologischen Schriften und belletristischen Werke bekannte Redner ein Bild von dem jüngsten Stand der Traumphysiologie. Rückblickend auf ihre Geschichte stellte er die Stellungnahme des großen Geistes vergangener Zeiten zur Traumlehre. Er nannte Sokrates, Pythagoras, Plato, Aristoteles, der zuerst wissenschaftlich über den Traum schrieb, Cicero (De Divinatione), Paracelsus, die Anhänger Schellings und die beiden bedeutenden Traumphysiologen der Zeitzeit Freud und Stekel. Nachdem der Redner über die Theorie des Traumes, die wunderbarsten Geschehe der Psychologie, und über die Theorie des Schlafes sich verbreitet hatte, sprach er über die verschiedenen Arten der Träume, die Sinnes- oder Nervenreizträume, die Assoziationsträume, die Schenktäume und die prophetischen Träume. Um einzelnen deutete er das Wesen der verschiedenen Arten der Träume gründlich aus und teilte zur Beliebung seiner Erläuterungen Beispiele solcher Träume mit. Eingehend beschreibt er den Einfluss des Geschlechters und der Rassepunkte auf das Traumleben. Er wies nach, daß die Symbolik der Träume psychophysikalisch begründet sei. Nur die Individualität des Träumenden gibt den Schlüssel zur Traumdeutung. Mit einer gesetzlichen Beantwortung der Frage „Sind wir für unsere Träume verantwortlich?“ schloß der Vortragende seine lehrreichen und interessanten Ausführungen.

Der Landesverein Sächsischer Heimatshut hat in seinem Sitzungssämtchen Dresden-Alstadt, Schiebstraße 24, 1. Treppe, eine Weihnachts-Spielwaren-Ausstellung veranstaltet, die eines Besuches wert ist. Man findet da alle diejenigen Spielwaren zum Verkauf ausgestellt, die in einem der Bestrebungen des Vereins als geschmacklich gut angesehen und zu würdigen sind.

Im Dresdner Philologen-Verein sprach Studentenrat Dr. Händel über die „Bedeutung der Sprachfunde für Schule und Leben“. Er hatte den Ausführungen sein Buch „Führer durch die Muttersprache“, Dresden 1921, III. Aufl., zugrunde gelegt und führte zum Schlusse die Bedeutung der Sprachfunde in folgende Punkte zusammen: 1. Die Sprachfunde bieten an sich sowohl Antegendes und Beschlendes, daß es zu bedauern wäre, wenn sie im Unterricht vernachlässigt würde. 2. Sprachfunde ist zugleich Stilkunde: je gründlicher die Wörter und Wendungen begriffen sind, desto besser glüht die Aussage der Worte beim Schreiben und Sprechen. 3. Die Sprachfunde berührt sich auf engste mit der Kulturfunde, so daß der Deutschunterricht eine wesentliche Erweiterung und Vertiefung erfahren kann. 4. Die Sprachfunde bietet reichlichen Stoff für Vorträge, Abhandlungen und Aufsätze zusammenstellender Art. 5. Der geschichtliche Betrieb der Sprachfunde lehrt die Schüler begreifen, daß die Sprache immer in Entwicklung ist. 6. Sie lehren ein, daß jeder zu dieser Entwicklung beitragen kann und so mitverantwortlich ist für eine gute oder schlechte Entwicklung. 7. Sie werden den Ehrgeiz bespielen lassen, immer auf die beste Entwicklung ihrer Muttersprache bedacht zu sein: Knapp, klar, schön. 8. Sie werden die Überzeugung gewinnen, daß die deutsche Sprache stark und reich genug ist, sich aus sich selbst heraus zu entwickeln (Ursprünglichkeit, Ableitung, Zusammenfassung, Bild, Rundarten, Wiederbelebung) und fremder Hilfe entbehren zu können.

Der Jugendring Dresden lebt und mit, daß er seine Ausstellung „Jugendarbeit“ im neuen Ausstellungsbau an der Lennéstraße wegen des immer zunehmenden Besuchs bis Dienstag, den 29. d. W. verlängert. An diesem letzten Ausstellungstag findet abends 8 Uhr ein Lichtbildvortrag über die „Bedeutung der erblichen und nichterblichen Krankheiten für die Zukunft unseres Volkes“ von Hrn. Dr. Feischer statt.

Die beiden Feierstundenzüge am Sonntag im Ausstellungspalast landen bei dem zahlreichen Publikum sehr dankbare Aufnahme,

sodass für den zweiten Weihnachtstag in dem jetzt infolge neuer technischer Errichtungen gut durchwärmten großen Haupthaus zwei große Konzerte geplant sind. Der rote Saal ist vollständig erneuert und am Mittwoch wieder dem Verleih übergeben worden.

Sächsische Angelegenheiten.

ak. Leipzig. Die zum hälftlichen Anfang von Kartoffeln für Kinder bemittelte als Verrechnungsmittel bewilligen 2 Mill. R. sind von der Stadt auf 5 Mill. R. erhöht worden.

In Altdödberg bei Berlin ist im Alter von 63 Jahren der Begründer und langjährige Leiter des Verbandes Deutscher Handlungsgesellschaften Georg Hiller gestorben. Zum Friedensrichter für den Bezirk Gompitz, Neumünster, Altmühl und Zöllmen ist auf die Zeit bis zum 30. September 1923 der Privatmann Louis Fehrer in Gompitz, Resselsdorfer Straße 15, ernannt worden, der Montags 10 bis 1 Uhr Geschäftsstunden abhalten wird.

Die Belebung am 1. Dezember hat sich auf

Pferde, Maultiere und Maulesel, Esel, Kinder, Schafe, Schweine, Ziegen, Hühner, Kaninchen und Bienenvölker zu erstrecken. Die Aufnahme erfolgt durch Jägerkarten, die den Viehherrn von Beamten der Wehrschutzpolizei zugesellt werden. Sie sind ab 1. Dezember ausgestellt und unterschrieben zur Abholung bereitzuhalten.

Gelegentlich der Belebung sind 1. Pferde und Kinder für die Zwecke der Viehbeschaffung, 2. die Kinder für die Zwecke der Schlachtwieherviehsichtung besondern auszuzeichnen. Die Beteiligten werden aufgefordert, den damit beauftragten Beamten die erforderlichen Auslässe zu erteilen.

Ministerialrat Dr. Wulff sprach gestern im Gemeinnützigen Verein zu Dresden über das Thema „Im Reich des Traumes“. In geistvoller Weise zeichnete der durch seine kriminologischen Schriften und belletristischen Werke bekannte Redner ein Bild von dem jüngsten Stand der Traumphysiologie. Rückblickend auf ihre Geschichte stellte er die Stellungnahme des großen Geistes vergangener Zeiten zur Traumlehre.

Er nannte Sokrates, Pythagoras, Plato, Aristoteles, der zuerst wissenschaftlich über den Traum schrieb, Cicero (De Divinatione), Paracelsus, die Anhänger Schellings und die beiden bedeutenden Traumphysiologen der Zeitzeit Freud und Stekel.

Nachdem der Redner über die Theorie des Traumes, die wunderbarsten Geschehe der Psychologie, und über die Theorie des Schlafes sich verbreitet hatte, sprach er über die verschiedenen Arten der Träume, die Sinnes- oder Nervenreizträume, die Assoziationsträume, die Schenktäume und die prophetischen Träume.

Um einzelnen deutete er das Wesen der verschiedenen Arten der Träume gründlich aus und teilte zur Beliebung seiner Erläuterungen Beispiele solcher Träume mit. Eingehend beschreibt er den Einfluss des Geschlechters und der Rassepunkte auf das Traumleben. Er wies nach, daß die Symbolik der Träume psychophysikalisch begründet sei. Nur die Individualität des Träumenden gibt den Schlüssel zur Traumdeutung.

Mit einer gesetzlichen Beantwortung der Frage „Sind wir für unsere Träume verantwortlich?“ schloß der Vortragende seine lehrreichen und interessanten Ausführungen.

Der Landesverein Sächsischer Heimatshut hat in seinem Sitzungssämtchen Dresden-Alstadt, Schiebstraße 24, 1. Treppe, eine Weihnachts-Spielwaren-Ausstellung veranstaltet, die eines Besuches wert ist. Man findet da alle diejenigen Spielwaren zum Verkauf ausgestellt, die in einem der Bestrebungen des Vereins als geschmacklich gut angesehen und zu würdigen sind.

Im Dresdner Philologen-Verein sprach Studentenrat Dr. Händel über die „Bedeutung der Sprachfunde für Schule und Leben“. Er hatte den Ausführungen sein Buch „Führer durch die Muttersprache“, Dresden 1921, III. Aufl., zugrunde gelegt und führte zum Schlusse die Bedeutung der Sprachfunde in folgende Punkte zusammen: 1. Die Sprachfunde bieten an sich sowohl Antegendes und Beschlendes, daß es zu bedauern wäre, wenn sie im Unterricht vernachlässigt würde. 2. Sprachfunde ist zugleich Stilkunde: je gründlicher die Wörter und Wendungen begriffen sind, desto besser glüht die Aussage der Worte beim Schreiben und Sprechen. 3. Die Sprachfunde berührt sich auf engste mit der Kulturfunde, so daß der Deutschunterricht eine wesentliche Erweiterung und Vertiefung erfahren kann. 4. Die Sprachfunde bieten reichlichen Stoff für Vorträge, Abhandlungen und Aufsätze zusammenstellender Art. 5. Der geschichtliche Betrieb der Sprachfunde lehrt die Schüler begreifen, daß die Sprache immer in Entwicklung ist. 6. Sie lehren ein, daß jeder zu dieser Entwicklung beitragen kann und so mitverantwortlich ist für eine gute oder schlechte Entwicklung. 7. Sie werden den Ehrgeiz bespielen lassen, immer auf die beste Entwicklung ihrer Muttersprache bedacht zu sein: Knapp, klar, schön. 8. Sie werden die Überzeugung gewinnen, daß die deutsche Sprache stark und reich genug ist, sich aus sich selbst heraus zu entwickeln (Ursprünglichkeit, Ableitung, Zusammenfassung, Bild, Rundarten, Wiederbelebung) und fremder Hilfe entbehren zu können.

Der Jugendring Dresden lebt und mit, daß er seine Ausstellung „Jugendarbeit“ im neuen Ausstellungsbau an der Lennéstraße wegen des immer zunehmenden Besuchs bis Dienstag, den 29. d. W. verlängert. An diesem letzten Ausstellungstag findet abends 8 Uhr ein Lichtbildvortrag über die „Bedeutung der erblichen und nichterblichen Krankheiten für die Zukunft unseres Volkes“ von Hrn. Dr. Feischer statt.

Die beiden Feierstundenzüge am Sonntag im Ausstellungspalast landen bei dem zahlreichen Publikum sehr dankbare Aufnahme,

so daß für den zweiten Weihnachtstag in dem jetzt infolge neuer technischer Errichtungen gut durchwärmten großen Haupthaus zwei große Konzerte geplant sind. Der rote Saal ist vollständig erneuert und am Mittwoch wieder dem Verleih übergeben werden.

Die nächste Sitzung des Landtags findet morgen, Freitag, den 25. November, früh 10 Uhr statt.

Auslanzeigen.

* Mitteilung der Sächsischen Staatsoper. Schauspielhaus. Roth Mehmet, der schon seit einer Reihe von Wochen erkrankt ist, wird laut ärztlichem Gutachten vorläufig noch mehrere Monate außerhalb seines künstlerischen Tätigkeitsbereichs sein, seine künstlerische Tätigkeit wieder aufzunehmen.

Freitag, den 25. November, nächste Wiederholung des Dramas „Armand Carrel“ von Moritz Hartmann in der Befreiung der Uransichtung. Spielleitung: Berthold Bierel. Anfang 1/2 Uhr.

— In Altdödberg bei Berlin ist im Alter von 63 Jahren der Begründer und langjährige Leiter des Verbandes Deutscher Handlungsgesellschaften Georg Hiller gestorben. Zum Friedensrichter für den Bezirk Gompitz, Neumünster, Altmühl und Zöllmen ist auf die Zeit bis zum 30. September 1923 der Privatmann Louis Fehrer in Gompitz, Resselsdorfer Straße 15, ernannt worden, der Montags 10 bis 1 Uhr Geschäftsstunden abhalten wird.

Die Belebung am 1. Dezember hat sich auf

Pferde, Maultiere und Maulesel, Esel, Kinder, Schafe, Schweine, Ziegen, Hühner, Kaninchen und Bienenvölker zu erstrecken. Die Aufnahme erfolgt durch Jägerkarten, die den Viehherrn von Beamten der Wehrschutzpolizei zugesellt werden. Sie sind ab 1. Dezember ausgestellt und unterschrieben zur Abholung bereitzuhalten.

Gelegentlich der Belebung sind 1. Pferde und Kinder für die Zwecke der Viehbeschaffung, 2. die Kinder für die Zwecke der Schlachtwieherviehsichtung besondern auszuzeichnen. Die Beteiligten werden aufgefordert, den damit beauftragten Beamten die erforderlichen Auslässe zu erteilen.

Ministerialrat Dr. Wulff sprach gestern im Gemeinnützigen Verein zu Dresden über das Thema „Im Reich des Traumes“. In geistvoller Weise zeichnete der durch seine kriminologischen Schriften und belletristischen Werke bekannte Redner ein Bild von dem jüngsten Stand der Traumphysiologie. Rückblickend auf ihre Geschichte stellte er die Stellungnahme des großen Geistes vergangener Zeiten zur Traumlehre.

Er nannte Sokrates, Pythagoras, Plato, Aristoteles, der zuerst wissenschaftlich über den Traum schrieb, Cicero (De Divinatione), Paracelsus, die Anhänger Schellings und die beiden bedeutenden Traumphysiologen der Zeitzeit Freud und Stekel.

Nachdem der Redner über die Theorie des Traumes, die wunderbarsten Geschehe der Psychologie, und über die Theorie des Schlafes sich verbreitet hatte, sprach er über die verschiedenen Arten der Träume, die Sinnes- oder Nervenreizträume, die Assoziationsträume, die Schenktäume und die prophetischen Träume.

Gelegentlich der Belebung sind 1. Pferde und Kinder für die Zwecke der Viehbeschaffung, 2. die Kinder für die Zwecke der Schlachtwieherviehsichtung besondern auszuzeichnen. Die Beteiligten werden aufgefordert, den damit beauftragten Beamten die erforderlichen Auslässe zu erteilen.

Ministerialrat Dr. Wulff sprach gestern im Gemeinnützigen Verein zu Dresden über das Thema „Im Reich des Traumes“. In geistvoller Weise zeichnete der durch seine kriminologischen Schriften und belletristischen Werke bekannte Redner ein Bild von dem jüngsten Stand der Traumphysiologie. Rückblickend auf ihre Geschichte stellte er die Stellungnahme des großen Geistes vergangener Zeiten zur Traumlehre.

Er nannte Sokrates, Pythagoras, Plato, Aristoteles, der zuerst wissenschaftlich über den Traum schrieb, Cicero (De Divinatione), Paracelsus, die Anhänger Schellings und die beiden bedeutenden Traumphysiologen der Zeitzeit Freud und Stekel.

Nachdem der Redner über die Theorie des Traumes, die wunderbarsten Geschehe der Psychologie, und über die Theorie des Schlafes sich verbreitet hatte, sprach er über die verschiedenen Arten der Träume, die Sinnes- oder Nervenreizträume, die Assoziationsträume, die Schenktäume und die prophetischen Träume.

Gelegentlich der Belebung sind 1. Pferde und Kinder für die Zwecke der Viehbeschaffung, 2. die Kinder für die Zwecke der Schlachtwieherviehsichtung besondern auszuzeichnen. Die Beteiligten werden aufgefordert, den damit beauftragten Beamten die erforderlichen Auslässe zu erteilen.

Ministerialrat Dr. Wulff sprach gestern im Gemeinnützigen Verein zu Dresden über das Thema „Im Reich des Traumes“. In geistvoller Weise zeichnete der durch seine kriminologischen Schriften und belletristischen Werke bekannte Redner ein Bild von dem jüngsten Stand der Traumphysiologie. Rückblickend auf ihre Geschichte stellte er die Stellungnahme des großen Geistes vergangener Zeiten zur Traumlehre.

Er nannte Sokrates, Pythagoras, Plato, Aristoteles, der zuerst wissenschaftlich über den Traum schrieb, Cicero (De Divinatione), Paracelsus, die Anhänger Schellings und die beiden bedeutenden Traumphysiologen der Zeitzeit Freud und Stekel.

Nachdem der Redner über die Theorie des Traumes, die wunderbarsten Geschehe der Psychologie, und über die Theorie des Schlafes sich verbreitet hatte, sprach er über die verschiedenen Arten der Träume, die Sinnes- oder Nervenreizträume, die Assoziationsträume, die Schenktäume und die prophetischen Träume.

Gelegentlich der Belebung sind 1. Pferde und Kinder für die Zwecke der Viehbeschaffung, 2. die Kinder für die Zwecke der Schlachtwieherviehsichtung besondern auszuzeichnen. Die Beteiligten werden aufgefordert, den damit beauftragten Beamten die erforderlichen Auslässe zu erteilen.

Ministerialrat Dr. Wulff sprach gestern im Gemeinnützigen Verein zu Dresden über das Thema „Im Reich des Traumes“. In geistvoller Weise zeichnete der durch seine kriminologischen Schriften und belletristischen Werke bekannte Redner ein Bild von dem jüngsten Stand der Traumphysiologie. Rückblickend auf ihre Geschichte stellte er die Stellungnahme des großen Geistes vergangener Zeiten zur Traumlehre.

Er nannte Sokrates, Pythagoras, Plato, Aristoteles, der zuerst wissenschaftlich über den Traum schrieb, Cicero (De Divinatione), Paracelsus, die Anhänger Schellings und die beiden bedeutenden Traumphysiologen der Zeitzeit Freud und Stekel.

Nachdem der Redner über die Theorie des Traumes, die wunderbarsten Geschehe der Psychologie, und über die Theorie des Schlafes sich verbreitet hatte, sprach er über die verschiedenen Arten der Träume, die Sinnes- oder Nervenreizträume, die Assoziationsträume, die Schenktäume und die prophetischen Träume.

Gelegentlich der Belebung sind 1. Pferde und Kinder für die Zwecke der Viehbeschaffung, 2. die Kinder für die Zwecke der Schlachtwieherviehsichtung besondern auszuzeichnen. Die Beteiligten werden aufgefordert, den damit beauftragten Beamten die erforderlichen Auslässe zu erteilen.

Ministerialrat Dr. Wulff sprach gestern im Gemeinnützigen Verein zu Dresden über das Thema „Im Reich des Traumes“. In geistvoller Weise zeichnete der durch seine kriminologischen Schriften und belletristischen Werke bekannte Redner ein Bild von dem jüngsten Stand der Traumphysiologie. Rückblickend auf ihre Geschichte stellte er die Stellungnahme des großen Geistes vergangener Zeiten zur Traumlehre.

Er nannte Sokrates, Pythagoras, Plato, Aristoteles, der zuerst wissenschaftlich über den Traum schrieb, Cicero (De Divinatione), Paracelsus, die Anhänger Schellings und die beiden bedeutenden Traumphysiologen der Zeitzeit Freud und Stekel.

Nachdem der Redner über die Theorie des Traumes, die wunderbarsten Geschehe der Psychologie, und über die Theorie des Schlafes sich verbreitet hatte, sprach er über die verschiedenen Arten der Träume, die Sinnes- oder Nervenreizträume, die Assoziationsträume, die Schenktäume und die prophetischen Träume.

Gelegentlich der Belebung sind 1. Pferde und Kinder für die Zwecke der Viehbeschaffung, 2. die Kinder für die Zwecke der Schlachtwieherviehsichtung besondern auszuzeichnen. Die Beteiligten werden aufgefordert, den damit beauftragten Beamten die erforderlichen Auslässe zu erteilen.

Ministerialrat Dr. Wulff sprach gestern im Gemeinnützigen Verein zu Dresden über das Thema „Im Reich des Traumes“. In geistvoller Weise zeichnete der durch seine kriminologischen Schriften und belletristischen Werke bekannte Redner ein Bild von dem jüngsten Stand der Traumphysiologie. Rückblickend auf ihre Geschichte stellte er die Stellungnahme des großen Geistes vergangener Zeiten zur Traumlehre.

Er nannte Sokrates, Pythagoras, Plato, Aristoteles, der zuerst wissenschaftlich über den Traum schrieb, Cicero (De Divinatione), Paracelsus, die Anhänger Schellings und die beiden bedeutenden Traumphysiologen der Zeitzeit Freud und Stekel.

Nachdem der Redner über die Theorie des Traumes, die wunderbarsten Geschehe der Psychologie, und über die Theorie des Schlafes sich verbreitet hatte, sprach er über die verschiedenen Arten der Träume, die Sinnes- oder Nervenreizträume, die Assoziationsträume, die Schenktäume und die prophetischen Trä

Amtlicher Teil.

Die Verordnung über Befreiung von Ratenzinsen vom 1. November 1921 — Sächsische Staatszeitung Nr. 255 vom 2. November 1921 — wird aufgehoben. (7158)

Die Preisnotierungskommission beim Landesrat wird ihre Tätigkeit fortsetzen. Das Wirtschaftsministerium erwartet, daß sich die Erzeuger auch weiterhin an die von der Kommission bekanntgegebenen Preise halten werden. 348a VE 3 Dresden, 23. Nov. 1921. Wirtschaftsministerium.

Der nachstehend auszugsweise Abdruck aus Nr. 272 des Deutschen Reichsangelegten vom 21. November 1921 wird hierdurch zur allgemeinen Kenntnis gebracht. 812 K 7169 Dresden, 23. Nov. 1921. Arbeitsministerium.

Gemäß Beschuß des Reichsbraunkohlenverbundes vom 17. November 1921 gelten folgende Brennstoffpreise je Tonnen einschließlich Kohlen- und Umweltsteuer ab 20. November 1921 usw.

IL ab 21. November 1921.

Röteldeutsche Braunkohlenjubiläum.

Briketts (Haushalt- und größere Industrieformate) M. 325,70

Kohlesteine 244,30

Rohkohlesteine 282,90

Bei Lieferungen aller Brikettarten, Brikettpäne und Rohkohlesteine nach Empfangsplänen nördlich und westlich der Städte Torgau—Glauchau—Döbeln—Oberrißlingen am See—Querfurt—Eisenberg—Reinsdorf—Bretleben—Griesebach einfaßt der an dieser Linie gelegenen Stationen; Lustnitz Griesebach—Hohenwitz—Bahnlinie Hohenwitz—Sondershausen—Wolstramsdorf—Leinesfelde—Eisenberg—Malsfeld einschl. der an diesen Eisenbahnlinien gelegenen Stationen erfolgt die Lieferung auf Frachtkranlage Lüdenau. Bei Lieferungen nach dem Gebiete rechts der Elbe im Süden begrenzt durch die Bahnlinie Wittenberg—Reudnitz a. d. Dosse—Paulinenaue, ausschließlich der an dieser Linie gelegenen Stationen auf Frachtkrandose Lüdenau. Bei Lieferungen nach dem Gebiete rechts der Elbe im Süden begrenzt durch die Bahnlinie Wittenberg—Reudnitz a. d. Dosse—Paulinenaue, ausschließlich der an dieser Linie gelegenen Stationen auf Frachtkrandose Lüdenau.

Die Lieferung von Nachkriegssteuer und Margaretei- feld erfolgt auf Frachtkrandose Lüdenau. Briketts des Gesel. Reutew. M. 378,60

Stielböhmisches Braunkohlenjubiläum.

Riedelauer Gruppe.

Briketts im Haushalt und größeren Industrieformat M. 325,70

Brikettpäne 244,30

Rohkohlesteine 282,90

Frankfurter Gruppe.

Briketts im Haushalt und größeren Industrieformat M. 407,30

Brikettpäne 305,50

Rohkohlesteine 373,40

Hörster Gruppe.

Briketts im Haushalt und größeren Industrieformat M. 329,20

Brikettpäne 254,40

Rohkohlesteine 300,60

Östlicher Gruppe.

Briketts im Haushalt und größeren Industrieformat M. 349,30

Brikettpäne 262,40

Rohkohlesteine 311,20

Die Preise für die übrigen Braunkohlenarten der vorgenannten Braunkohlenjubiläate und deren Randbzw. werden demnächst bekanntgegeben.

Die in der Bekanntmachung vom 28. April 1920 (Reichsangelegter Nr. 91) und vom 29. September 1920 (Reichsangelegter Nr. 222) enthaltenen allgemeinen und Sonderbestimmungen gelten auch für die vorliegend veröffentlichten Braunkohlenpreise.

Berlin, den 19. November 1921.

Altengesellschaft Reichskohlenverband.

Jacobi. Löffler.

Die Auslösung der am 1. Juli 1922 rückzuhaltenden 3½ jährigen Staatschuldentlastungscheine der Anteile von den Jahren 1852/55/58/62/66 u. /68 wird Montag, den 28. November d. J., vor 9 Uhr in einem Geschäftszimmer der Staatschuldentlastung stattfinden.

Die Kapitale der noch der Bleibungsliste vom 30. Mai 1921 angehörenden, am 2. Januar 1922 fälligen Staatschuldentlastungscheine der Anteile von den Jahren 1852/55/58/62/66 u. /68 wird

Montag, den 28. November d. J., vor 9 Uhr in einem Geschäftszimmer der Staatschuldentlastung stattfinden.

vom 15. Dezember dieses Jahres an gegen Rückgabe der zahlbaren Kapital- und Zinscheine ausgezahlt.

Zahlstellen für Kapital- und Zinscheine sind:

die Staatschuldenloste in Dresden, die Sächsische Staatsbank in Dresden, Leipzig und Bautzen, die Finanzloste in Rochlitz, Borna, Glauchau, Schwarzenberg, Auerbach i. B. und Oschatz i. B., die Sächsische Bank zu Dresden in Dresden und deren Zweigniederlassungen, die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt in Leipzig und deren Zweigniederlassungen, das Bankhaus Gebr. Arnhold in Dresden, die Bank für Handel und Industrie in Darmstadt und Berlin und deren Zweigniederlassungen, das Bankhaus S. Bleichröder in Berlin, der Chemnitzer Bankverein in Chemnitz und Dresden und dessen Zweigniederlassungen, die Commerz- und Privat-Bank, A.-G. in Hamburg und Berlin und deren Zweigniederlassungen, die Deutsche Bank in Berlin und deren Zweigniederlassungen, die Direction der Disconto-Gesellschaft in Berlin und Frankfurt a. M., die Dresden-Bank in Dresden und Berlin und deren Zweigniederlassungen, das Bankhaus Philipp Eli-

meyer in Dresden, das Bankhaus G. G. Heyde, man in Bautzen und Löbau, die Landständische Bank des Sächs. Markgräflands Oberlausitz in Bautzen und Dresden, die Nationalbank für Deutschland Kom.-Gebr. a. Aktien in Berlin, die Residenzbank in Reußland i. Sa., die Norddeutsche Bank in Hamburg, das Bankgeschäft Sachsen & Co. in Berlin, der A. Schaffhausen'sche Bankverein A.-G. in Köln und dessen Zweigniederlassungen, die Vereinsbank zu Frankenberg, Frankenberg i. Sa.

Zinscheine werden auch von der Landeshauptpost in Dresden und den Posten der Berg- und Forstverwaltung eingezahlt.

Bei der Einlösung fälliger Kapital- und Zinscheine ist den Bestimmungen der Verordnung des Reichsministers der Finanzen über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht vom 24. Oktober 1919 (Reichs-Gelegel. S. 1820) zu entsprechen.

Dresden, den 22. November 1921. 7145

Sächsische Staatschuldentlastung.

Nachdem von der Lachauer- und Schriftmaler- (Zwang-) Annung zu Dresden der Antrag auf Außerdienst ihres Bezirks auf die in die Stadt Dresden einverlebten Vororte: Briesnitz, Dobritz, Kemnitz, Leubnitz-Neuostra, Böhlau, Loschwitz, Loschwitz, Radebeul und Oberlößnitz, die vor dem 1. November 1919 vom Reichsrat in Dresden für die Absehung des Verfahrens nach § 100 der Reichs-Gewerbe-Ordnung zum Kommissar ernannt worden. 7165

Reichshauptmannschaft Dresden, 21. Nov. 1921.

Mit Ende dieses Jahres macht sich für den Regierungsbezirk Dresden die Neuwohl je eines außerordentlichen Mitgliedes und eines Stellvertreters zur II. Abteilung des Landesbehörden-

amtes erforderlich.

Auf Grund der §§ 8 und 9 der Verordnung über die Wahl zum Landesbehördenamt vom 21. Mai 1912 (G. B. Bl. S. 274) in der Fassung vom 5. Mai 1919 (G. B. Bl. S. 103) und vom 12. Oktober 1921 (G. B. Bl. S. 337) werden daher die in der Reichshauptmannschaft Dresden wohnenden und Praxis ausübenden Herren Bürgertreuhänder aufgefordert, sich an der Wahl zu beteiligen und ihre Stimmzettel spätestens bis

Donnerstag, den 22. Dezember d. J. mittags 12 Uhr

an den unterzeichneten Wahlleiter nach der Kreishauptmannschaft Dresden, Fleischergasse 6, vertraulich entweder portofrei eingezahlen oder persönlich höchststens abzugeben. Alle erst nach Abschluß dieses Zeitpunktes eingehenden Stimmzettel bleiben unberücksichtigt und werden vernichtet.

Die Stimmzettel sind von den Abstimmenden eigenhändig zu schreiben und mit Vor- und Zusatznamen zu unterschreiben oder auf der Anschrift mit der Angabe "Wahlzettel des R. R. zu R. R." zu versehen. Ferner ist auf dem Stimmzettel genau anzugeben, wer als außerordentliches Mitglied und wer als Stellvertreter gewählt wird.

Die Stimmzettel sind von den Abstimmenden

eigenhändig zu schreiben und mit Vor- und Zusatznamen zu unterschreiben oder auf der Anschrift mit der Angabe "Wahlzettel des R. R. zu R. R." zu versehen. Ferner ist auf dem Stimmzettel genau anzugeben, wer als außerordentliches Mitglied und wer als Stellvertreter gewählt wird.

Die Stimmzettel sind von den Abstimmenden

eigenhändig zu schreiben und mit Vor- und Zusatznamen zu unterschreiben oder auf der Anschrift mit der Angabe "Wahlzettel des R. R. zu R. R." zu versehen. Ferner ist auf dem Stimmzettel genau anzugeben, wer als außerordentliches Mitglied und wer als Stellvertreter gewählt wird.

Die Stimmzettel sind von den Abstimmenden

eigenhändig zu schreiben und mit Vor- und Zusatznamen zu unterschreiben oder auf der Anschrift mit der Angabe "Wahlzettel des R. R. zu R. R." zu versehen. Ferner ist auf dem Stimmzettel genau anzugeben, wer als außerordentliches Mitglied und wer als Stellvertreter gewählt wird.

Die Stimmzettel sind von den Abstimmenden

eigenhändig zu schreiben und mit Vor- und Zusatznamen zu unterschreiben oder auf der Anschrift mit der Angabe "Wahlzettel des R. R. zu R. R." zu versehen. Ferner ist auf dem Stimmzettel genau anzugeben, wer als außerordentliches Mitglied und wer als Stellvertreter gewählt wird.

Die Stimmzettel sind von den Abstimmenden

eigenhändig zu schreiben und mit Vor- und Zusatznamen zu unterschreiben oder auf der Anschrift mit der Angabe "Wahlzettel des R. R. zu R. R." zu versehen. Ferner ist auf dem Stimmzettel genau anzugeben, wer als außerordentliches Mitglied und wer als Stellvertreter gewählt wird.

Die Stimmzettel sind von den Abstimmenden

eigenhändig zu schreiben und mit Vor- und Zusatznamen zu unterschreiben oder auf der Anschrift mit der Angabe "Wahlzettel des R. R. zu R. R." zu versehen. Ferner ist auf dem Stimmzettel genau anzugeben, wer als außerordentliches Mitglied und wer als Stellvertreter gewählt wird.

Die Stimmzettel sind von den Abstimmenden

eigenhändig zu schreiben und mit Vor- und Zusatznamen zu unterschreiben oder auf der Anschrift mit der Angabe "Wahlzettel des R. R. zu R. R." zu versehen. Ferner ist auf dem Stimmzettel genau anzugeben, wer als außerordentliches Mitglied und wer als Stellvertreter gewählt wird.

Die Stimmzettel sind von den Abstimmenden

eigenhändig zu schreiben und mit Vor- und Zusatznamen zu unterschreiben oder auf der Anschrift mit der Angabe "Wahlzettel des R. R. zu R. R." zu versehen. Ferner ist auf dem Stimmzettel genau anzugeben, wer als außerordentliches Mitglied und wer als Stellvertreter gewählt wird.

Die Stimmzettel sind von den Abstimmenden

eigenhändig zu schreiben und mit Vor- und Zusatznamen zu unterschreiben oder auf der Anschrift mit der Angabe "Wahlzettel des R. R. zu R. R." zu versehen. Ferner ist auf dem Stimmzettel genau anzugeben, wer als außerordentliches Mitglied und wer als Stellvertreter gewählt wird.

Die Stimmzettel sind von den Abstimmenden

eigenhändig zu schreiben und mit Vor- und Zusatznamen zu unterschreiben oder auf der Anschrift mit der Angabe "Wahlzettel des R. R. zu R. R." zu versehen. Ferner ist auf dem Stimmzettel genau anzugeben, wer als außerordentliches Mitglied und wer als Stellvertreter gewählt wird.

Die Stimmzettel sind von den Abstimmenden

eigenhändig zu schreiben und mit Vor- und Zusatznamen zu unterschreiben oder auf der Anschrift mit der Angabe "Wahlzettel des R. R. zu R. R." zu versehen. Ferner ist auf dem Stimmzettel genau anzugeben, wer als außerordentliches Mitglied und wer als Stellvertreter gewählt wird.

Die Stimmzettel sind von den Abstimmenden

eigenhändig zu schreiben und mit Vor- und Zusatznamen zu unterschreiben oder auf der Anschrift mit der Angabe "Wahlzettel des R. R. zu R. R." zu versehen. Ferner ist auf dem Stimmzettel genau anzugeben, wer als außerordentliches Mitglied und wer als Stellvertreter gewählt wird.

Die Stimmzettel sind von den Abstimmenden

eigenhändig zu schreiben und mit Vor- und Zusatznamen zu unterschreiben oder auf der Anschrift mit der Angabe "Wahlzettel des R. R. zu R. R." zu versehen. Ferner ist auf dem Stimmzettel genau anzugeben, wer als außerordentliches Mitglied und wer als Stellvertreter gewählt wird.

Die Stimmzettel sind von den Abstimmenden

eigenhändig zu schreiben und mit Vor- und Zusatznamen zu unterschreiben oder auf der Anschrift mit der Angabe "Wahlzettel des R. R. zu R. R." zu versehen. Ferner ist auf dem Stimmzettel genau anzugeben, wer als außerordentliches Mitglied und wer als Stellvertreter gewählt wird.

Die Stimmzettel sind von den Abstimmenden

eigenhändig zu schreiben und mit Vor- und Zusatznamen zu unterschreiben oder auf der Anschrift mit der Angabe "Wahlzettel des R. R. zu R. R." zu versehen. Ferner ist auf dem Stimmzettel genau anzugeben, wer als außerordentliches Mitglied und wer als Stellvertreter gewählt wird.

Die Stimmzettel sind von den Abstimmenden

eigenhändig zu schreiben und mit Vor- und Zusatznamen zu unterschreiben oder auf der Anschrift mit der Angabe "Wahlzettel des R. R. zu R. R." zu versehen. Ferner ist auf dem Stimmzettel genau anzugeben, wer als außerordentliches Mitglied und wer als Stellvertreter gewählt wird.

Die Stimmzettel sind von den Abstimmenden

eigenhändig zu schreiben und mit Vor- und Zusatznamen zu unterschreiben oder auf der Anschrift mit der Angabe "Wahlzettel des R. R. zu R. R." zu versehen. Ferner ist auf dem Stimmzettel genau anzugeben, wer als außerordentliches Mitglied und wer als Stellvertreter gewählt wird.

Die Stimmzettel sind von den Abstimmenden

eigenhändig zu schreiben und mit Vor- und Zusatznamen zu unterschreiben oder auf der Anschrift mit der Angabe "Wahlzettel des R. R. zu R. R." zu versehen. Ferner ist auf dem Stimmzettel genau anzugeben, wer als außerordentliches Mitglied und wer als Stellvertreter gewählt wird.

Die Stimmzettel sind von den Abstimmenden

eigenhändig zu schreiben und mit Vor- und Zusatznamen zu unterschreiben oder auf der Anschrift mit der Angabe "Wahlzettel des R. R. zu R. R." zu versehen. Ferner ist auf dem Stimmzettel genau anzugeben, wer als außerordentliches Mitglied und wer als Stellvertreter gewählt wird.

Die Stimmzettel sind von den Abstimmenden

eigenhändig zu schreiben und mit Vor- und Zusatznamen zu unterschreiben oder auf der Anschrift mit der Angabe "Wahlzettel des R. R. zu R. R." zu versehen. Ferner ist auf dem Stimmzettel genau anzugeben, wer als außerordentliches Mitglied und wer als Stellvertreter gewählt wird.

Die Stimmzettel sind von den Abstimmenden

eigenhändig zu schreiben und mit Vor- und Zusatznamen zu unterschreiben oder auf der Anschrift mit der Angabe "Wahlzettel des R. R. zu R. R." zu versehen. Ferner ist auf dem Stimmzettel genau anzugeben, wer als außerordentliches Mitglied und wer als Stellvertreter gewählt wird.

Die Stimmzettel sind von den Abstimmenden

Auf Blatt 377 des Handelsregister, die **Zwickauer Maschinenfabrik, Aktiengesellschaft, Niederzschlema**, die unter dem Namen der Aktiengesellschaft **Zwickauer Maschinenfabrik** in Zwickau betr. ist heute eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 2. November 1921 hat die Erhöhung des Grundkapitals um fünf Millionen fünfhunderttausend Mark in fünftausendfünfhundert auf den Inhaber lautende Aktien zu je eintausend Mark zugeschlagen, mithin auf zehn Millionen Mark beschlossen.

Die Erhöhung ist erfolgt.

Durch Beschluss der selben Generalversammlung ist der Gesellschaftsvertrag vom 10. Juli 1920 in den §§ 2, 5, 6 und 10 laut Notariatsurkunde vom 2. November 1921 abgeschlossen worden. 7147

Umlösigericht Schneeberg, 18. November 1921.

Auf dem Blatt 315 des biesigen Handelsregister für die Firma **Knaudter Gardinen-Weberei Landmann & Hellwig** Abteilung Bleicherie Schiergrätz ist heute eingetragen worden: Der Geschäftsführer Georg Landmann ist aufgegeben. In die Gesellschaft sind eingetreten: die in Zwickau wohnhaften Kaufleute a) **Theodor Kaut Landmann**, b) Otto Hellwig jun. und c) **Walter Heinrich Landmann**. **Umlösigericht Freiberg**, 21. Nov. 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 183 die Firma **August Pähler** in Trebsach. Der Strumpffabrikant Friedrich August

Pähler in Trebsach ist Inhaber. Angegebener Geschäftszweig: Fabrikation von Strumpfwaren; 2. auf Blatt 184 die Firma **Max Reuter** in Trebsach. Der Strumpffabrikant Max Emil Reuter in Trebsach ist Inhaber. Angegebener Geschäftszweig: Fabrikation von Strumpfwaren;

3. auf Blatt 185 die Firma **Max Otto Reuter** in Trebsach. Der Kaufmann Max Otto Reuter in Trebsach ist Inhaber. Angegebener Geschäftszweig: Fabrikation von Strumpfwaren und Handel mit solchen;

4. auf Blatt 186 die Firma **Albert Neumann** in Trebsach. Der Strumpffabrikant Albert Guido Neumann in Trebsach ist Inhaber. Angegebener Geschäftszweig: Fabrikation von Strumpfwaren;

5. auf Blatt 187 die Firma **Oskar Scheidbauer** in Trebsach. Der Strumpffabrikant Oskar Scheidbauer in Trebsach ist Inhaber. Angegebener Geschäftszweig: Fabrikation von Strumpfwaren. **Umlösigericht Wittenheim**, 15. November 1921.

Bei der planmäßigen Auflösung **Glauchauer Städtische Bahnen** sind gelöst worden:

von Anteile 1895 Lit. A, Nr. 60 79 117 124 196 203 288 346 399 483 568 573 649 691 705 825 826 841 899 906 951 955 987 1036 1073 1093 zu 1000 M.

Lit. B, Nr. 1116 1117 1170 1298 1803 1359 1361 1377 1396 1507 1663 1725 1820 1844 1858 1863 1884 1927 1937 1940 1953 1964 1971 2052 2062 2087, zu 500 M.

von Anteile 1903

Abt. A, Nr. 26 27 415 416 779 780 809 812 993 1317 1319 1320 1321 1322 1323 1593 1594 1595 1596 1598 1600 1601 1602 1603 1604 1605 1609 1612 1613 1614 1694 1939, zu 1000 M.

Abt. B, Nr. 2117 2210 2372 2388 2530 2591 2720 2939 2960 3011 3020 3022 3155 3212 3340 3361 3313 3358 3346 3354 3476 3477 3590 3596 3607 3650 3691 3702 3723 3841 3868 3883 3945, zu 500 M.

Die Rückzahlung der Kapitalbeträge erfolgt ab 31. Dezember 1921 gegen Rückgabe der Schuldverschreitung nebst den zugehörigen Zinsstichenen der späteren Fälligkeitstermine in Berlin; bei der Direktion der Montoflagegesellschaft, bei der Berliner Handelsgesellschaft und bei der Nationalbank für Deutschland. Düsseldorf; bei den letzten Gebühren Bernholt, Leipzig; bei der Allgemeinen Deutschen Reederei, Glauchau; bei der Allgemeinen Deutschen Reederei, Amt. Reed., Leyne, bei der Glauchauer Bank, Zweiganstalt des Chemnitzer Handvereins und bei der Stadtkammerei Lübeck.

Mit dem 31. Dezember 1921 hört die Ver- gütung der ausgelösten Kapitalbeträge auf.

Von früher geleisteten Schuldchinen sind noch nicht zur Rückzahlung vorgesehen: von Anteile 1895: Lit. A, Nr. 139 345 381 523 542 545 566 609 770 783 999 1004, von Anteile 1896: Lit. B, Nr. 1179 1204 1486 1492 1493 1494 1868 2032, von Anteile 1897: Lit. A, Nr. 1040 1590 1743 1744, B. - 2317 2763 3175 3403 3985.

Glauchau, den 14. November 1921. [6937] Der **Stadtrat**, Dr. Schimmel, Bürgermeister.

Befürwortung.

Rückdem der unter 23 September 1921 er- richtete, von Windst- und Höchstbetrag der Span- einlagen betreffende X. Richtag zur Revidierten Sparkassenordnung für die Gemeinde Leisnig i. S. vom 19. Februar 1880 die oberbehörliche Be- nehmigung gefunden hat, ist bei dieser heute be- schriftigem in dem Amtsblatte der hiesigen Es- toffe ausgehängt worden.

Heldreich i. Erzgeb. d. am 22. November 1921.

Der Gemeindeschatz.

Sächsische Angelegenheiten.

Offene Stellen für Lehrer.

Die Lehrerstelle in Eschenbach sofort zu be- stehen. Unterkunft mit Garten. Gehalt. Lichi- u. Wasserleitung. Nur 30 Schulkinder. Bew. bis zum 5. Dez. an den Bezirkslehrernt zu Els- nitz i. Vogtl.

Weiterer Zusammenschluss der Deutschen Reichsverbände.

Der Deutsche Reichsbund, Sitz Dresden, und der „Verband Ehrenkreisreform“, Sitz Köln a. Rh., haben sich zum Zwecke der Arbeitsgemeinschaft zusammengefunden. Die Ortsgruppen jedes Verbandes sind zugleich Ortsgruppen des anderen Verbandes.

Tagung des Deutschen Gewerkschafts- bundes in Sachsen.

Am vergangenen Sonntag sind gegen 150 Ver- treter aus allen zum Deutschen Gewerkschaftsbund gehörigen Betriebsorganisationen zur ersten Bundes- tagung in Dresden versammelt gewesen. Der Ge- samtverband der Christlichen Gewerkschaften, der Gesamtverband der Angestellten-Gewerkschaften, der in der Hauptstadt gebildet wird vom Deutschen nationalen Handlungsgesellen-Verband, dem Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten und dem Deutschen Beamtenverein und der Gesamtverband der Beamten- und Staatsangestellten- Gewerkschaften, waren durch ihre Landesgruppen vertreten. Einen ausführlichen Tätigkeitsbericht er- patete der Vorsitzende, Handlungsgesellen-Vorstand und schilderte hierbei die Lage in Sachsen und die Aufgaben des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Den Ausführungen war zu entnehmen, daß der innere Ausbau des christlich-nationalen Deutschen Gewerkschaftsbundes und seine Bedeutung in jeder Beziehung beachtliche Fortschritte aufzuweisen hat. An allen Einrichtungen und Arbeiten im Interesse der Arbeitnehmerkraft ist er beteiligt gewesen. Mit besonderer Genugtuung wurde die Mittelung entgegengenommen, daß es gelungen ist, den Verband der Bürou- und Verkäuferangestellten, den Neuen Deutschen Techniker-Verband und den Deutschen Werkmeisterbund, Sitz Essen, in Sachsen einzuführen und hierfür Gauleiter eingesetzt. Zur Abwehr der gelben Gewerkschaftsbewegung bietet der Deutsche Gewerkschaftsbund alle Mittel auf. Eine vom Vorstand vorgelegte Satzung für den Landesverband wurde angenommen. Die Wahl des Vorstandes fiel auf den Gauleiter des Deutsch- nationalen Handlungsgesellen-Verbandes, Alphonse Leipzig. In seinem Berichte „Über die Entwicklung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur gegenwärtigen Lage“ freiste der Geschäftsführer, Broß- Berlin, alle die bedeutsamsten sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Fragen, die unser Volk auf- weist. Hierzu wurde nachstehende Ent- schließung einstimmig angenommen:

Der Landesauschluß Sachsen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, zu seiner ersten großen Tagung in Dresden versammelt, nimmt freudig oben an: 1. daß der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kollege Stegerwald, die kompetente Leitung unserer Bewegung wieder übernommen hat. Die Tagung betont sich erneut zu den tragenden Gedanken, die unter Führung im Vorjahr auf dem Essener Kongreß entwidelt hat und gelobt ihm und der Bewegung freudige und fristige Mitarbeit. Die überaus ernste Schamlosigkeit unseres Volkes verlangt neben äußerster Anspornung aller Kräfte die Durchsetzung aller Partei- rücksichten. Wir verlangen von den politischen Parteien, daß sie nur ein Interesse, nur ein Ziel haben; die Zusammenfassung aller Kräfte lediglich und ausschließlich zum Wohl des Reiches, zur Erfüllung unseres Volkes. Die Überzeugung der Reichsbahnbahnen in privaten Besitz lehnt die Tagung ab. Sie erwarten aber, daß unter Führung des Reiches alle dazu berufenen und befähigten Kräfte mit größter Energie an der Erfüllung der Eisenbahnarbeiter arbeiten, die sich in öffentlicher Hand befinden. Wir wollen, daß unter vorbehaltloser Herauslösung weitergeworbene Rechte der Eisen- amten und Arbeiter der bisherigen unheilvollen Diktaturwirtschaft ein Ende gemacht wird. Mit besonderem Nachdruck erwarten wir schnelle und restlose Durchführung der Steuerreform, die zur Erfüllung der großen Vermögen und Einkommen erhöhen sind und noch beschlossen werden müssen. Kriegs- und Nachkriegserfolgs gewinner aller Art, Körperschaften und alle, die aus der Not des Volkes die Mittel zu ihrem verschärften Schlemmerleben nehmen, sind mit schärfster Abschaffungsfähigkeit scharf zu erlassen. Gegen den

vollvertretenden Bucher sollen Reich und Länder gemeinsam mit den höchsten Strafen, besonders mit völliger Vermögensabschaltung, vorgehen.

Nach einem kurzen Vortrag über Zwecke und Arbeitsart der beim Reichsministerium des Innern bestehenden Technischen Not hilfe stand nachstehende Entschließung angenommen:

Die erste Tagung des Landesverbandes Sachsen im Deutschen Gewerkschaftsbund stellt sich gemäß des Beschlusses des 10. Kongresses der Christlichen Gewerkschaften in Thessaloniki auf den Standpunkt, daß bei allen Arbeitstäufungen auf das Gemeinwohl Gedacht zu nehmen und für die Durchführung der Notstandsarbeiten in lebenswichtigen Betrieben von Seiten der Arbeitnehmer selbst Sorge zu tragen ist. Ein Eingehen der Technischen Not hilfe auf Veranlassung der öffentlichen Behörden zur Durchführung der Notstandsversorgung der Bevölkerung erachtet der Landesverband bei Vermerkung dieser Arbeiten durch die Arbeitnehmerkraft selbst als einen gemeinnützigen Dienst am Gesamtvolk. In diesem Sinne wird der Landesverband Sachsen im Deutschen Gewerkschaftsbund den Technischen Not hilfe Unterstützung angeleihen lassen.

Volkswirtschaftliches.

Das Wiesbadener Abkommen und die sächsische Industrie.

Der große Auswurf des Verbandes Sächsischer Industrieller hielt am 22. November unter Leitung des Vorsitzenden, Hrn. Otto Moras, Bitzen, eine stark beliebte Versammlung ab, um zu dem so genannten Wiesbadener Abkommen Stellung zu nehmen. Dazu sprach Dr. Schreiber, Minister vom Wiederaufbauamtministerium, Berlin. Er betonte, daß fast alle die zahlreichen Betriebsleitungen, die bisher über dieses Thema durch die Presse gegangen seien, auf Irrtum und falscher Auslegung des Abkommens beruhten und deshalb nur dazu dienen könnten, falsche Vorstellungen über dieses Abkommen zu erwecken. Wiederaufbau auf die Vorfahrt des Abkommens eingehend, legte er dar, daß der Wiederaufbau in Frankreich sich derzeit im Stadium der Stagnation befindet und daß diese Stagnation nicht etwa auf Arbeiters- und Material-Mangel, sondern lediglich auf finanzielle Schwierigkeiten zurückzuführen sei. Diese Schwierigkeit könnte nur durch Erlangung eines umfangreichen Kredites behoben werden und für die Gewährung dieses Kredites läme Deutschland in erster Linie in Irland, da es als Schuldnert Frankreichs in der Lage sei, den vorgegebenen Kredit jederzeit gegen die Schuld anzutreten, da dieses Abrechnungsverfahren schon an sich die günstigsten Zahlungsbedingungen darstellt und da Deutschland bei seiner leistungsfähigen und günstig arbeitenden Industrie wie kein anderes Land in der Welt die zu fordende Gegenleistung aus dem Vertrage, d. h. die Beteiligung am Wiederaufbau, übernehmen kann. Das deutsche Interesse am Abschluß des Vertrages beträfe in folgendem: 1. in der Möglichkeit, die Umwandlung eines Teils der Goldschuld in eine Papier- und Waren-Schuld, 2. Eine Beteiligung beim Wiederaufbau in Frankreich garantiert der Industrie eine gleichmäßige und von der auf- und absteigenden Kurve des Wirtschaftslebens unabhängige Beschäftigung, jedoch hierbei auch in Zeiten wirtschaftlichen Rückgangs unbedeutende Arbeitsschaffung aus dem deutschen Arbeitsmarkt herabdrücken und deshalb in finanzielle Schwierigkeiten zurückzuführen sei. Diese Schwierigkeit könnte nur durch Erlangung eines umfangreichen Kredites behoben werden und für die Gewährung dieses Kredites läme Deutschland in erster Linie in Irland, da es als Schuldnert Frankreichs in der Lage sei, den vorgegebenen Kredit jederzeit gegen die Schuld anzutreten, da dieses Abrechnungsverfahren schon an sich die günstigsten Zahlungsbedingungen darstellt und da Deutschland bei seiner leistungsfähigen und günstig arbeitenden Industrie wie kein anderes Land in der Welt die zu fordende Gegenleistung aus dem Vertrage, d. h. die Beteiligung am Wiederaufbau, übernehmen kann. Das deutsche Interesse am Abschluß des Vertrages beträfe in folgendem: 1. in der Möglichkeit, die Umwandlung eines Teils der Goldschuld in eine Papier- und Waren-Schuld, 2. Eine Beteiligung beim Wiederaufbau in Frankreich garantiert der Industrie eine gleichmäßige und von der auf- und absteigenden Kurve des Wirtschaftslebens unabhängige Beschäftigung, jedoch hierbei auch in Zeiten wirtschaftlichen Rückgangs unbedeutende Arbeitsschaffung aus dem deutschen Arbeitsmarkt herabdrücken und deshalb in finanzielle Schwierigkeiten zurückzuführen sei. Diese Schwierigkeit könnte nur durch Erlangung eines umfangreichen Kredites behoben werden und für die Gewährung dieses Kredites läme Deutschland in erster Linie in Irland, da es als Schuldnert Frankreichs in der Lage sei, den vorgegebenen Kredit jederzeit gegen die Schuld anzutreten, da dieses Abrechnungsverfahren schon an sich die günstigsten Zahlungsbedingungen darstellt und da Deutschland bei seiner leistungsfähigen und günstig arbeitenden Industrie wie kein anderes Land in der Welt die zu fordende Gegenleistung aus dem Vertrage, d. h. die Beteiligung am Wiederaufbau, übernehmen kann. Das deutsche Interesse am Abschluß des Vertrages beträfe in folgendem: 1. in der Möglichkeit, die Umwandlung eines Teils der Goldschuld in eine Papier- und Waren-Schuld, 2. Eine Beteiligung beim Wiederaufbau in Frankreich garantiert der Industrie eine gleichmäßige und von der auf- und absteigenden Kurve des Wirtschaftslebens unabhängige Beschäftigung, jedoch hierbei auch in Zeiten wirtschaftlichen Rückgangs unbedeutende Arbeitsschaffung aus dem deutschen Arbeitsmarkt herabdrücken und deshalb in finanzielle Schwierigkeiten zurückzuführen sei. Diese Schwierigkeit könnte nur durch Erlangung eines umfangreichen Kredites behoben werden und für die Gewährung dieses Kredites läme Deutschland in erster Linie in Irland, da es als Schuldnert Frankreichs in der Lage sei, den vorgegebenen Kredit jederzeit gegen die Schuld anzutreten, da dieses Abrechnungsverfahren schon an sich die günstigsten Zahlungsbedingungen darstellt und da Deutschland bei seiner leistungsfähigen und günstig arbeitenden Industrie wie kein anderes Land in der Welt die zu fordende Gegenleistung aus dem Vertrage, d. h. die Beteiligung am Wiederaufbau, übernehmen kann. Das deutsche Interesse am Abschluß des Vertrages beträfe in folgendem: 1. in der Möglichkeit, die Umwandlung eines Teils der Goldschuld in eine Papier- und Waren-Schuld, 2. Eine Beteiligung beim Wiederaufbau in Frankreich garantiert der Industrie eine gleichmäßige und von der auf- und absteigenden Kurve des Wirtschaftslebens unabhängige Beschäftigung, jedoch hierbei auch in Zeiten wirtschaftlichen Rückgangs unbedeutende Arbeitsschaffung aus dem deutschen Arbeitsmarkt herabdrücken und deshalb in finanzielle Schwierigkeiten zurückzuführen sei. Diese Schwierigkeit könnte nur durch Erlangung eines umfangreichen Kredites behoben werden und für die Gewährung dieses Kredites läme Deutschland in erster Linie in Irland, da es als Schuldnert Frankreichs in der Lage sei, den vorgegebenen Kredit jederzeit gegen die Schuld anzutreten, da dieses Abrechnungsverfahren schon an sich die günstigsten Zahlungsbedingungen darstellt und da Deutschland bei seiner leistungsfähigen und günstig arbeitenden Industrie wie kein anderes Land in der Welt die zu fordende Gegenleistung aus dem Vertrage, d. h. die Beteiligung am Wiederaufbau, übernehmen kann. Das deutsche Interesse am Abschluß des Vertrages beträfe in folgendem: 1. in der Möglichkeit, die Umwandlung eines Teils der Goldschuld in eine Papier- und Waren-Schuld, 2. Eine Beteiligung beim Wiederaufbau in Frankreich garantiert der Industrie eine gleichmäßige und von der auf- und absteigenden Kurve des Wirtschaftslebens unabhängige Beschäftigung, jedoch hierbei auch in Zeiten wirtschaftlichen Rückgangs unbedeutende Arbeitsschaffung aus dem deutschen Arbeitsmarkt herabdrücken und deshalb in finanzielle Schwierigkeiten zurückzuführen sei. Diese Schwierigkeit könnte nur durch Erlangung eines umfangreichen Kredites behoben werden und für die Gewährung dieses Kredites läme Deutschland in erster Linie in Irland, da es als Schuldnert Frankreichs in der Lage sei, den vorgegebenen Kredit jederzeit gegen die Schuld anzutreten, da dieses Abrechnungsverfahren schon an sich die günstigsten Zahlungsbedingungen darstellt und da Deutschland bei seiner leistungsfähigen und günstig arbeitenden Industrie wie kein anderes Land in der Welt die zu fordende Gegenleistung aus dem Vertrage, d. h. die Beteiligung am Wiederaufbau, übernehmen kann. Das deutsche Interesse am Abschluß des Vertrages beträfe in folgendem: 1. in der Möglichkeit, die Umwandlung eines Teils der Goldschuld in eine Papier- und Waren-Schuld, 2. Eine Beteiligung beim Wiederaufbau in Frankreich garantiert der Industrie eine gleichmäßige und von der auf- und absteigenden Kurve des Wirtschaftslebens unabhängige Beschäftigung, jedoch hierbei auch in Zeiten wirtschaftlichen Rückgangs unbedeutende Arbeitsschaffung aus dem deutschen Arbeitsmarkt herabdrücken und deshalb in finanzielle Schwierigkeiten zurückzuführen sei. Diese Schwierigkeit könnte nur durch Erlangung eines umfangreichen Kredites behoben werden und für die Gewährung dieses Kredites läme Deutschland in erster Linie in Irland, da es als Schuldnert Frankreichs in der Lage sei, den vorgegebenen Kredit jederzeit gegen die Schuld anzutreten, da dieses Abrechnungsverfahren schon an sich die günstigsten Zahlungsbedingungen darstellt und da Deutschland bei seiner leistungsfähigen und günstig arbeitenden Industrie wie kein anderes Land in der Welt die zu fordende Gegenleistung aus dem Vertrage, d. h. die Beteiligung am Wiederaufbau, übernehmen kann. Das deutsche Interesse am Abschluß des Vertrages beträfe in folgendem: 1. in der Möglichkeit, die Umwandlung eines Teils der Goldschuld in eine Papier- und Waren-Schuld, 2. Eine Beteiligung beim Wiederaufbau in Frankreich garantiert der Industrie eine gleichmäßige und von der auf- und absteigenden Kurve des Wirtschaftslebens unabhängige Beschäftigung, jedoch hierbei auch in Zeiten wirtschaftlichen Rückgangs unbedeutende Arbeitsschaffung aus dem deutschen Arbeitsmarkt herabdrücken und deshalb in finanzielle Schwierigkeiten zurückzuführen sei. Diese Schwierigkeit könnte nur durch Erlangung eines umfangreichen Kredites behoben werden und für die Gewährung dieses Kredites läme Deutschland in erster Linie in Irland, da es als Schuldnert Frankreichs in der Lage sei, den vorgegebenen Kredit jederzeit gegen die Schuld anzantreten, da dieses Abrechnungsverfahren schon an sich die günstigsten Zahlungsbedingungen darstellt und da Deutschland bei seiner leistungsfähigen und günstig arbeitenden Industrie wie kein anderes Land in der Welt die zu fordende Gegenleistung aus dem Vertrage, d. h. die Beteiligung am Wiederaufbau, übernehmen kann. Das deutsche Interesse am Abschluß des Vertrages beträfe in folgendem: 1. in der Möglichkeit, die Umwandlung eines Teils der Goldschuld in eine Papier- und Waren-Schuld, 2. Eine Beteiligung beim Wiederaufbau in Frankreich garantiert der Industrie eine gleichmäßige und von der auf- und absteigenden Kurve des Wirtschaftslebens unabhängige Beschäftigung, jedoch hierbei auch in Zeiten wirtschaftlichen Rückgangs unbedeutende Arbeitsschaffung aus dem deutschen Arbeitsmarkt herabdrücken und deshalb in finanzielle Schwierigkeiten zurückzuführen sei. Diese Schwierigkeit könnte nur durch Erlangung eines umfangreichen Kredites behoben werden und für die Gewährung dieses Kredites läme Deutschland in erster Linie in Irland